

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 80 S.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 21. Januar 1899.

Inserate die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 S
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Lohn- und Streikbewegung der Metallarbeiter im Jahre 1898. — Der gesetzliche Minimallohn in Australien. — Aus Oesterreich. — Metallarbeiter-Konferenzen. — Zur Generalversammlung (Arbeitslosenunterstützung und Anderes). — Erwiderung. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Kassenbericht des Vertrauensmannes für den Agitationsbezirk Provinz Sachsen und Anhalt. — Quittung der für die Familien der Torgelower Inhaftirten eingegangenen Gelder. — Stundschau.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Formern nach **Bielefeld** (Temperformer, Firma Wilh. Kramer) Str., nach **Döbeln** (Maschinenfabrik F. Haase) Str.;
- von Feilenhauern u. nach **Zusbad** (Aug. Plöhl), nach **Frankenthal**, **Spreyer**, **Krausheim** und **Ludwigs-hafen** u. nach **Salke a. S.** (Ummendorfer Feilen- u. Maschinenfabrik) St.;
- von Klempern nach **Düsseldorf** (Springorum);
- von Drehern, Hoblern und Schlossern nach **Crefeld** (Schrör) Str.;
- von Brillen- und Pincenezarbeitern nach **Kathow** (H. Henne) D.
- von Polirern nach **Gablenz** (Niemana) St.;
- von Reifzugmachern nach **Nürnberg** (Edert & Sohn) D.;
- von Schlossern u. Schmieden nach **Biebrich** (W. Weijel) R.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; S.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion.)

Lohn- und Streikbewegung der Metallarbeiter im Jahre 1898.

Wider unser Erwarten zeigen die Auszüge aus dem vorigen Jahrgang dieses Blattes und die Bearbeitung des gewonnenen Materials, daß das verfloßene Jahr für die Metallarbeiter ein ganz außergewöhnliches Kampfsjahr war. Nicht weniger als 183 Fälle konnten wir feststellen, die sich auf die einzelnen Branchen folgendermaßen vertheilen:

	Streiks	Lohnbewegungen	Aussperrungen	Zug fernhalten	Sperrt	Total
Metallarbeiter	19	7	5	29	3	63
Formner	18	3	2	12	4	39
Klempner	6	6	1	6	2	21
Feilenhauer	7	4	—	19	3	33
Schläger	1	2	1	—	—	4
Metallbrücker	—	1	—	—	—	1
Schlosser u. Mechaniker	2	1	—	3	—	6
Schmiede	1	2	—	2	—	5
Kesselschmiede	1	—	—	—	—	1
Dreher	—	—	—	2	—	2
Kupferschmiede	1	—	—	—	—	1
Nahler	—	2	—	—	—	2
Metallschleifer	1	—	1	—	—	2
Siebmacher u. Drahtarb.	—	—	—	1	—	1
Gelbgießer und Gürtler	1	—	—	—	—	1
Reifzugmacher	1	—	—	—	—	1
Total	59	28	10	74	12	183

Ein Vergleich mit den früheren Jahren ergibt folgende Uebersicht. Es kamen Konfliktfälle vor 1895: 75, 1896: 152, 1897: 154, 1898: 183. Gegenüber 1897 ist die vorjährige Zahl um 1/3 höher, ebenso gegenüber 1896, während sie gegenüber 1895 um mehr als das Doppelte gestiegen ist. Diese erhebliche Steigerung hängt nach zwei Richtungen mit der fortwährenden Prosperität zusammen: einmal gehen die Arbeiter in solcher Zeit häufiger als während einer Krise initiativ vor und sodann wehren sie sich auf der ganzen Linie gegen neue Verschlechterungsgelüste der Unternehmer und ihrer streberischen Angestellten.

Leider ist in vielen Fällen die Ursache des Konflikts nicht festzustellen. So blieben zahlreiche Warnungen, die als solche mit den Worten „Zug fernzuhalten“ veröffentlicht werden, ohne nachfolgende aufklärende Berichte, so daß man nicht erfährt, um was es sich dabei handelte; nicht viel besser ist der Leser daran, wenn es heißt, es bestünden „Differenzen“. Dieselben beziehen sich zwar häufig, wenn nicht gar in der Regel auf den Arbeitslohn, aber es sollte von den Korrespondenten eventuell mit wenigen Worten gesagt werden, um was es sich handelt. So weit die Ursache aus den Berichten ermittelt werden konnte, handelte es sich in 25 Fällen um Lohnreduktionen, in 34 Fällen um Maßregelungen organisirter Arbeiter, in 31 Fällen um „Differenzen“ und schlechte Löhne, in 54 Fällen um Forderungen betreffend Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung, Abschaffung der Akkordarbeit, betr. früheren Feierabend am Samstag, betr. verlängerter Mittagspause (meist auf 1 1/2 Stunden), um Abschaffung, resp. Einschränkung der Ueberzeitarbeit, um Beseitigung der Sonntagsarbeit, um Zuschläge für eventuelle Ueberzeit- und Sonntagsarbeit, um Abschaffung von Kost und Logis beim „Arbeitgeber“, um Entschädigung der mit Warten auf Arbeit verkauften Zeit, um Auszahlung des Arbeitslohnes am Freitag, um achttägige Lohnzahlung, um Aufhebung der sogenannten Lohnkanton, um Hintanhaltung ungerechtfertigter Abzüge, um Mitverwaltung der Straf-gelder, um Beseitigung scharfer Strafbestimmungen in der Arbeitsordnung, um Beseitigung verschiedener Mißstände (unreinliche und ungenügende Abtritte, Unleideraum für beide Geschlechter gemeinsam, schlechte Werkzeuge und Einrichtungen u.), um Herbeiführung anständiger Behandlung, womit im Zusammenhang stand die in zwei Fällen gestellte Forderung auf Entlassung eines Buchhalters und eines Meisters, um Einsetzung eines Arbeiterausschusses, um Entlassung von Streikbrechern und Demagogen, um den Arbeitsnachweis u.

Vor Allem bemerkenswerth sind die häufigen Lohnreduktionen. In einer Zeit, wo die Geschäfte blühen, speziell die Metall- und Maschinenindustrie seit Jahren glänzend prosperirt, wo die fettesten Geschäftsgewinne erzielt werden, wie die Abrechnungen der Aktiengesellschaften lehren, in einer solchen Zeit scheuen sich die Unternehmer und ihre Angestellten nicht, den Arbeitern die Löhne zu reduzieren und zwar theilweise ganz erheblich, in einem Falle bis zu 40 und 50 Prozent. Man erhält von der Schilderung dieser Vorgänge immer wieder den Eindruck, daß die Unternehmer nur mit einem gewissen inneren Widerstreben überhaupt Löhne an ihre Arbeiter entrichten, daß sie jede Mark rent, die sie hierfür ausgeben müssen, daß sie am liebsten gar keinen Lohn zahlen, ihnen deshalb kein Lohn zu gering ist, um ihn nicht noch weiter herabzusetzen. Die Gesinnung, aus der heraus vor 54 Jahren die Gebrüder Zwanziger in Peterswaldbau ihren Webern den Lohn für eine achttägige Arbeitsleistung von 1 Mk 20 S auf 1 Mk reduzierten und den Jungern auf ihre Klagen erwiderten, wenn ihr Verdienst nicht für Brod und Kartoffeln langt, so mögen sie Gras fressen — diese Gesinnung ist auch heute noch in der Unternehmerwelt weit verbreitet. Wenn aber in einer Periode des glänzendsten Geschäftsganges in so zahlreichen Fällen Lohnreduktionen vorgenommen werden, in einer Zeit, da vielfach Arbeitermangel besteht und die Nachfrage größer als das Angebot ist, was soll dann erst werden in einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges? Mit Ausnahme eines Falles, wo sich die Arbeiter die Lohnreduktion bis zu 20 Prozent gefallen ließen (bei der Firma G. & C. Fein, Elektrische Fabrik in Stuttgart), wehrten sich die Kollegen überall dagegen, vielfach mit Erfolg, aber in mehreren Fällen ist die Lohnreduktion ganz oder theilweise durchgeführt und so die Lage der davon be-

troffenen Arbeiter weiter verschlechtert worden, während sie im Gegentheil sehr der Besserung bedürftig gewesen wäre. Eine schmählige Rolle bei diesen Lohnreduktionen spielen häufig die Meister und Werkführer, Ingenieure, Direktoren u., die selbst in der Regel recht gut auskömmlich bezahlt sind; sodann aber auch tiefstehende, einsichtslose oder verlumpte Arbeiter, die mit dem schlechtesten Lohn immer noch so viel verdienen, um sich den zum Bedürfnis gewordenen Kauf anzu-saufen, während die Familie im Glend und in der Noth lebt und der Armenpflege zur Last fällt. Diese Elemente, die sich mit jedem Lohn zufrieden geben, die sich Alles gefallen lassen, die schlechteste Behandlung und die auch auf Ohrfeigen nicht reagiren würden, sind die Idealarbeiter der Kapitalisten, sind die Streikbrecher, derentwegen die ehrlichen ordnungsliebenden und pflichtbewußten Arbeiter in's Zuchthaus gesperrt werden sollen.

Neben den 25 Lohnreduktionen verdienen noch besondere Betonung die 34 Fälle von Maßregelungen. Zusammen haben wir hier 69 Fälle, wozu überdies noch die 10 Aussperrungen kommen, also 79 Fälle, oder beinahe die Hälfte der Konflikte, die von den Unternehmern hervorgerufen worden sind. Und dann haben diese Leute saumt ihren Handlangern in der Presse den traurigen Muth, das ganze Jahr hindurch den ärgsten Unfuh über die sozialdemokratischen Streikapostel und Hekzbrüder zu schwätzen und nach der Polizei zum Schutze des angeblich bedrohten Geldsacks zu schreien. Und warum wurde gemahregelt? Wegen der Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation, wegen einer Reklamation im Geschäfte betreffend ungerechtfertigter Abzüge oder betr. anderer Mißstände, wegen Vorbringung eines Wunsches im Auftrage der Mitarbeiter usw. Da sich unter solchen Umständen die Kollegen in Bethätigung einer praktischen Solidarität meistens mit dem Gemahregelten solidarisch erklären, so ist der offene Konflikt da, dessen Urheber aber nie der Unternehmer sein will. Leider erreichten die Arbeiter nicht in allen Fällen die Wiedereinstellung der Gemahregelten, erlitten also Niederlagen.

In Bezug auf alle übrigen Forderungen wurde mancher hübsche Erfolg erzielt und mancher Fortschritt in Sachen der Arbeitszeitverkürzung und der Lohnerhöhung in allen den übrigen, oben angeführten Punkten gemacht. Die 10-, 9 1/2- und 9stündige Arbeitszeit wurde in manchen Fällen erkämpft, desgleichen die 1 1/2stündige Mittagspause sowie Lohnerhöhung und zwar mehrfach, wo die Arbeiter gut organisiert waren und geschickt vorgingen, ohne besondere Schwierigkeiten.

Der Ausgang konnte leider nur in 85 Fällen festgestellt werden und davon endeten 61 mit ganzem oder annähernd ganzem, 10 mit theilweisem Erfolg, während 14 für die Arbeiter ergebnislos verliefen. Sind die übrigen 98 Fälle, deren Ausgang uns nicht bekannt ist, in gleicher Weise verlaufen, so können die Metallarbeiter mit dem Jahre 1898 zufrieden sein. Zu dem „theilweisen Erfolge“ ist erläuternd zu bemerken, daß in diese Rubrik alle Fälle kommen, in denen die Forderungen nur von einem Theile der Unternehmer bewilligt werden, vom anderen Theil aber nicht, oder in denen der resp. die Unternehmer nur einen Theil der gestellten Forderungen erfüllen.

Zu der Tabelle selbst ist wenig mehr zu bemerken. Daß der größte Antheil an sämtlichen Konflikten auf die Metallarbeiter entfällt, ist bei deren Stärke und Verbreitung nicht überraschend, dagegen der große Antheil der Feilenhauer, die ein sehr bewegtes und kampfreiches Jahr hinter sich haben. Bemerkenswerth ist noch das Verhältniß der Streiks zur Gesamtzahl der Konflikte. Während die 59 Streiks 1/3 der 183 Fälle ausmachen, ist dieses Verhältniß bei den Formern fast wie 1:2, bei den Metallarbeitern und Klempnern wie

1:3 und bei den Fellenhauern beinahe 1:5. Großen Umfang nahm keiner der Konflikte an und mit Ausnahme von Torgelow verliefen alle auch in Ruhe und Ordnung. Nur ein Kollege wurde auf offenbar falsche Denunziation einer Arbeiterfrau hin, die anscheinend ihren Mann zum Streikbrechen antrieb, wegen angeblicher Beleidigung desselben verurtheilt. Ein großer Theil sämtlicher Konflikte entfiel auf das Gewerbe, so namentlich bei den Klempnern, Schmieden, Fellenhauern; wir werden vielleicht noch eine genauere Ausschreibung der die Fabrik- und die Kleinbetriebe betreffenden Fälle machen.

Betheiligt waren eine große Zahl von Orten und fast alle Theile Deutschlands; in mehreren Orten, so in Düsseldorf, Nürnberg, Leipzig, München, Breslau usw. kamen wiederholt Konflikte in verschiedenen Branchen vor. Sieben Orte sind im Ausland, nämlich Budapest, Nancy, Bregenz, Bukarest, Bodenbach, Zürich und Schaffhausen. Die deutschen Orte sind: Gera, Wald (Rheinprovinz), Torgelow, Bremerhaven, Grimnitzhau, Flensburg, Leipzig, Betschau, Heilbronn, Chemnitz, Karlsruhe, Erfurt, Nürnberg, Wolfenbüttel, Lauchhammer, Schönebeck, Mannheim, Rostock, München, Kall b. Köln, Höchst a. M., Düsseldorf, Bonn, Koblentz, Bielefeld, Brannschweig, Kiel, Elbing, Ludenwalde, Hannover, Breslau, Meissen, Berlin, Naumburg, Delitzsch i. S., Zwickau, Dortmund, Halle a. S., Reichenfels b. Lambrecht, Neustadt i. M., Gröna i. S., Salzgitter, Bremen, Neudorf, Brandenburg, Freising, Fürth, Köln, Eisenberg, Darmstadt, Michelstadt bei Offenbach a. M., Heinrichs i. Th., Burg b. Magdeburg, Merseburg, Grünberg i. Schlef., Quisburg, Magdeburg, Erlangen, Hanau, Weissenburg a. S., Kassel, Kaiserlautern, Bochum, Offenbach a. M., Gotha, Ravensburg, Wernsdorf a. S., Stehne, Mheydt, M. Gladbach, Solingen, Göttingen, Vellert, Bückeburg, Brieg, Grotzsch, Deuben, Potsdam, Neisa, Cottbus, Bebern, Cöthen, Frankfurt a. M., Speyer, Neusiedel, Stuttgart, Neumarkt i. d. Oberpf., Rathenow, Ehlingen, Krefeld, Döbeln. Die Bewegung erstreckte sich also auf ganz Deutschland, selbst auf Schlesien, in sie ihre Fortschritte und ihre Ausdehnung bekunden. Aus dieser erfreulichen Thatsache sollte man schließen dürfen, daß die Armee jener Elemente, aus denen sich die Streikbrecher rekrutiren, immer geringer wird. Sie waren auch im verflohenen Jahre wiederholt die Ursache des Scheiterns der gerechten Sache der organisirten Arbeiter.

Möge unsere Bewegung im Jahre 1899 wieder neue Fortschritte machen und neue Errungenschaften erzielen!

Der gesetzliche Minimallohn in Australien.

Die Gegner jeder arbeiterfreundlichen Sozialreform und der Arbeiterbewegung sind das ganze Jahr hindurch unermüdet an der Arbeit, beide in verlogener Weise zu verhöhnern und zu diskreditiren, um die bestehenden Verhältnisse mit all ihren millionenfachen Mißständen unverändert für alle Zeiten zu erhalten. So haben die „Mißwirtschaft der sozialdemokratischen Gemeindevvertretungen“ in Frankreich, das „Fiasco der fortgeschrittenen Arbeiterbewegung“, das „Fiasco des Minimallohnes in Australien“, der „Terrorismus der Sozialdemokraten“ usw. usw. ständige Anbrüten in der gegnerischen Presse, darunter auch selbstverständlich der „Eisen-Zeitung“, des Organs der Eisengießereien, Maschinenindustriellen, Eisenhändler zc.

Was den Minimallohn in der australischen Kolonie Victoria betrifft, der nach der gegnerischen Presse so glänzendes Fiasco gemacht haben soll, so bestimmt darüber das Fabrik- und Ladengesetz folgendes: Zum Zwecke der Festsetzung des niedrigsten Lohnsatzes oder Preises, welcher einer Person gezahlt werden darf, welche in oder außerhalb einer Fabrik oder Werkstatt bei der gänzlichen oder theilweisen Zurechtung oder Erzeugung irgend einer bestimmten Art von Kleidern oder Kleidungsstücken oder Möbeln oder dem Erzeugen oder Backen von Brod beschäftigt ist, kann der Gouverneur jeweils nach Ermessen eine Spezialkommission ernennen, welche aus wenigstens vier und höchstens zehn in der vorgeschriebenen Weise gewählten Mitgliedern und einem Vorsitzenden besteht und kann jeder Zeit jedes Mitglied der Spezialkommission entheben und eine in der vorgeschriebenen Weise gewählte Person beauftragen, die Ausführung einer Balance ebenso ernennen, wie die ursprünglichen Mitglieder. Zu der Festsetzung des niedrigsten Preises oder Lohnsatzes hat die Spezialkommission die Natur, Art und Gattung der Arbeit und die Art und Weise der Arbeitsverrichtung sowie die anderen jeweils vorgeschriebenen Punkte in Erwägung zu ziehen.

Von den Mitgliedern ist die Hälfte als Vertreter der Unternehmer und die andere Hälfte als Vertreter

der Arbeiter zu ernennen. Innerhalb 14 Tagen nach ihrer Ernennung haben die Mitglieder schriftlich einen Vorsitzenden, jedoch nicht aus ihrer Mitte zu nominiren und die so bezeichnete Person ist vom Gouverneur zum Vorsitzenden zu ernennen. Wenn der Minister binnen 14 Tagen nach der Ernennung der Mitglieder keine Nominirung erhält, so hat der Gouverneur auf Vorschlag des Ministers den Vorsitzenden zu ernennen.

Bzüglich der Waaren, hinsichtlich welcher eine Spezialkommission bestellt ist, hat die Kommission den niedrigsten Preis oder Lohnsatz zu bestimmen, welcher einer Person für die gänzliche oder theilweise Zurechtung oder Erzeugung der von der Spezialkommission bezeichneten Waaren bezahlt werden darf; eine genaue Abschrift der Festsetzungen der Spezialkommission bezüglich des niedrigsten Preises oder Lohnsatzes muß in leserlichen römischen Buchstaben an einem auffallenden Plage am oder neben dem Eingang an jeder Fabrik oder Werkstatt, für welche die Festsetzung der Spezialkommission gilt und in solcher Lage, daß sie von den daselbst beschäftigten Personen leicht gelesen werden kann, angebracht sein. Eine genaue Abschrift dieser Festsetzungen muß ferner von jedem Manne, der direkt oder indirekt Material zum Zwecke der Zurechtung oder Erzeugung solcher Waaren außerhalb der Fabrik oder Werkstatt hinausgibt oder hierzu ermächtigt oder dies gestattet, jeder Person übergeben werden, welche zu irgend einer Zeit nach dem Inkrafttreten solcher Festsetzungen irgendwelche Waaren außerhalb einer Fabrik oder Werkstatt zurechtet oder erzeugt.

Für Arbeiten, welche außerhalb einer Fabrik oder Werkstatt verrichtet werden, darf nur ein Akkordpreis oder Lohn festgesetzt werden; für Arbeiten jedoch, welche innerhalb einer Fabrik oder Werkstatt verrichtet werden, können nach dem Ermessen der Spezialkommission Stück- oder Zeitlohn oder beide Lohnungsmethoden festgesetzt werden. Auf Ansuchen eines Besitzers einer Fabrik oder Werkstatt jedoch muß die Kommission für die in dieser Fabrik oder Werkstatt an einer Maschine arbeitenden Person einen Zeitlohn bestimmen.

Die von einer Spezialkommission getroffenen Festsetzungen treten an dem von der Kommission bestimmten Tage, jedoch nicht vor Ablauf von 14 Tagen nach der Entscheidung, in Kraft und bleiben so lange gültig, bis sie von einer zur Revision oder Ueberwachung dieser Festsetzungen ernannten Spezialkommission abgeändert werden.

Zugleich mit der Entscheidung über den Lohn oder Preis der Arbeit hat jede Spezialkommission auch zu bestimmen, wie viele Lehrlinge unter 18 Jahren überhaupt oder im Verhältniß zu den erwachsenen Arbeitern in einer Fabrik oder Werkstatt beschäftigt werden dürfen und den niedrigsten Lohn festzusetzen, der solchen bei der gänzlichen oder theilweisen Zurechtung oder Erzeugung von Waaren, bezüglich deren eine Spezialkommission auf Grund dieser Sektion eine Festsetzung getroffen hat, beschäftigten Lehrlingen gezahlt werden muß.

Die Uebertretung aller dieser Bestimmungen wird mit 100 bis 2000 M bestraft.

Das Gesetz trat am 1. Oktober 1896 in Kraft beziehungsweise gelangte von diesem Termin an zur praktischen Anwendung. Damit waren aber noch nicht die Lohnkommissionen bestellt, was auch einige Zeit in Anspruch nahm; erst im Laufe des Jahres 1897 traten sie in Wirksamkeit. Für die Bekleidungsbranche wurden vier Spezialkommissionen bestellt und zwar für Schuhwerk, für Männer- und Knabenkleidung, für (Männer-) Hemden und für alle Arten weiblicher Unterkleidung. Eine fünfte Kommission funktioniert für die Bäcker, eine sechste für die Möbelschneiderei. Minimallohne sowie das Verhältniß der Zahl der Lehrlinge zu jener der erwachsenen Arbeiter wurden bisher festgesetzt: für das Bäckergewerbe (15. März 1897) für das Schreinergewerbe (24. März 1897) und endlich neuerdings für die Bekleidungsbranche.

In Victoria wurden 1891 1,140,450 Einwohner gezählt, wovon etwa 46,000 Fabrikarbeiter sind. Auf die Gewerbe, für welche Lohnsätze bestimmt sind, Minimallohne festgesetzt wurden, dürften etwa 17,000 Arbeiter entfallen. Wie vor der Festsetzung der Minimallohne die Arbeitsverhältnisse in den geschützten Gewerben waren, geht aus dem Bericht über die Bäckerei an die Lohnkommission hervor. Darnach arbeiteten die Backenbäcker bis zu 106 Stunden pro Woche (täglich, inklusive des Sonntags 15 Stunden, anschließend desselben 19 Stunden) und für einen Lohn von 7.50 Dollars (= 31.50 M); die Metzger 70 bis 90 Stunden pro Woche für einen Lohn von 2.50 bis 4.57 Dollars (= 10.50 bis 19.20 M). In welcher Höhe die Minimallohne von den Lohnämtern festgesetzt wurden, ist leider nirgends zu ersehen. In Neu-Seeland wurde z. B. für die Bergarbeiter ein Minimal-

lohn von 15 Dollars (= 63 M) für die Woche festgesetzt, der Maximallohn auf 25 Dollars (= 105 M) für die Backenbäcker auf 10.50 Dollars (= 44.10 M).

In dem vor einigen Monaten erschienenen Jahresberichte der Fabrikinspektion für 1897 finden sich an einige Angaben darüber, wie sich die festgesetzten Minimallohne bewährt haben. Darnach scheint in den Bäckereien der von der Behörde festgesetzte Minimallohn (Arbeit nach der Zeit) allgemeine Zufriedenheit, sowohl bei den Arbeitsherren wie bei den Arbeitern gefunden zu haben.

In dem Kleidermachergewerbe gab der von der Behörde festgesetzte Minimallohn (Zeit- und Stückarbeit) keinen Anlaß zu ernstlichen Ausstellungen, jedoch in denjenigen Geschäften, welche fertige Kleider herstellen, erhielten die Arbeiter außer dem Hause sehr wenig Arbeit. Der Grund ist, daß das Gesetz vorschreibt, den Arbeitern außer dem Hause den Stückarbeiterlohn zu zahlen, wobei die Minimallohnsätze für Stückarbeit etwas höher als die Minimallohne für Zeitarbeit festgesetzt wurden, so daß der Arbeiter außer dem Hause eine kleine Extrazahlung für die Fahrt vor und nach der Fabrik, Maschinenmiete, Wohnungsmiete, Feuerung u. s. w. erhält. Die Arbeitsherren finden es daher billiger, ihre Arbeit in ihren Werkstätten als außerhalb derselben anfertigen zu lassen.

Die Behörde für Möbeltschneiderei setzte einen Minimallohn für Zeitarbeit fest, entschied jedoch, daß es unthunlich wäre, eine Lohnabelle für Stückarbeit aufzustellen. Die chinesischen Arbeiter fanden indessen, daß, während den besten von ihnen der Minimallohn gezahlt wurde, eine große Zahl langsamer und alter Arbeiter entlassen wurde. Die Chinesen haben einen starken Verein, der genöthigt war, die Arbeitslosen zu unterstützen. Infolge der hierdurch dem Vereine auferlegten schweren Bürde begannen die chinesischen Arbeiter einen Ausstand, nahmen jedoch nach einiger Zeit die Arbeit wieder auf.

Der erste Inspektor bemerkt: „Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß die Arbeit nach einem Stückarbeitssystem wieder begonnen war, aber beide, die Arbeiter und Arbeitsherren, erklären, daß die Arbeiter nach dem von der Behörde festgestellten Lohnsatz für Zeitarbeit bezahlt werden.“

Letztere Bemerkung läßt erkennen, daß die Chinesen auch unter dem Arbeiterschutzgesetz und dem Minimallohn nach wie vor die verwerflichste Lohnrückerei üben und die einheimischen Arbeiter schwer schädigen. Was die in der Konfektionsbranche getretene Erscheinung betrifft, daß die Heimarbeit zurückgegangen und die Fabrikarbeit ausgebeutet worden ist, so ist diese Wirkung planmäßig und bewußt mit den Minimallohnen verfolgt worden. Nun sollen auch verschiedene schwächere und ältere Arbeiter, weil sie den Minimallohn von ungefähr 1 M pro Stunde nicht verdienen können, völlig arbeitslos geworden sein. Ist das richtig, so ist es gewiß sehr bedauerlich und sie werden veranlaßt gewesen sein, eine andere Arbeit zu suchen. Ein Fiasco des Minimallohnes bedeutet diese Wirkung aber nicht, denn die betroffenen Arbeiter bilden eine kleine Minderheit der gesammten Arbeiterschaft, so daß also die große Mehrheit derselben von der Einführung des Minimallohnes gewonnen hat. Zu dieser Auffassung berechtigen die im neuseeländischen Fabrikinspektionsberichte für 1894/95 erwähnten Äußerungen von Unternehmern, welche große Betriebe in England und Fabriken in Neu-Seeland besitzen und nach denen sie Arbeiterinnen in England 10 bis 12 M pro Woche, in Neu-Seeland aber 20 bis 30 M bezahlen. Sie könnten dies thun, weil die koloniale Arbeitskraft so kräftig und geschickt ist, daß man den Frauen hier eine Arbeit zuweisen kann, welche in England nur Männer vollbringen. Desgleichen gaben die Besitzer einer Zündhölzchenfabrik an, daß sie die Fabrikmädchen in der Kolonie besser bezahlen, weil sie mehr leisten.“ Was von den Arbeitern in Neu-Seeland, gilt natürlich auch von jenen in Victoria.

Die Verabschiedung von älteren und schwächeren Arbeitern in der Konfektionsindustrie in Folge des Minimallohnes, die gewiß bedauerlich, ist von der kapitalistischen Presse, so auch von der „Eisen-Ztg.“ (siehe Nr. 48 v. J.) bemerkt worden, um die Sache so darzustellen, als hätten Lohnämter und Minimallohn Fiasco gemacht und als wäre damit bewiesen, daß solche Einrichtungen utopisch und unbrauchbar seien. In dieser Darstellung liegt ein großes Stück Genchlei. Erleben wir denn nicht in Deutschland ohne Minimallohn Tag für Tag, daß ältere und schwächere Arbeiter und selbst wenn sie oft 10, 20, 30 Jahre im gleichen Geschäfte waren, auf die Straße geworfen werden, weil sie nicht mehr genug leisten können und daher ihr Arbeitsplatz mit einem leistungsfähigeren Arbeiter besetzt wird? Und erleben wir nicht in dem-

selben Deutschland die unfählich verächtliche Barbarei und den elendesten Terrorismus, daß Arbeiter, Arbeitswillige, ihrer sozialen und politischen Gesinnung wegen auf die Straße geworfen und mitfammt ihren Familien der Noth und dem Hunger preisgegeben werden?

Will man der Wahrheit die Ehre geben, so muß man sagen, daß nach dem, was über die bisherigen Erfahrungen verlautete, der gesetzliche Minimallohn in Viktoria sich bewährt hat. Das erklärte auch offen und ehrlich vor einigen Monaten der viktorianische Ministerpräsident Turner einem englischen Journalisten. Er schilderte ihm zuerst die Organisation der Lohnämter und fuhr dann fort: „Natürlich gab es Anfangs ein großes Geschrei über die Beschränkung der Freiheit des Individuums, aber trotzdem hat sich die Maßregel ganz gut bewährt. Sie ist erst einige Monate in Wirksamkeit und kann somit nur erst als Experiment betrachtet werden. Die eifrigsten Befürworter des Gesetzes waren die großen Unternehmer. „Sie sind auf dem richtigen Wege“, sagten mir die Chefs der größten Firmen, „wir haben gar nichts dagegen einzuwenden, unseren Leuten gute Löhne zu zahlen, im Gegentheil, wir werden es sehr gern thun, vorausgesetzt, daß alle andern Firmen in unserer Industrie daselbe thun müssen und so verhindert werden, auf Grund der Ausbeutung (Ausbeutung) ihrer Angestellten uns zu unterbieten.“

So, das klingt anders, als die albernen Mörgeleien deutscher Unternehmer und ihrer Presse an jedem sozialpolitischen Fortschritt, der irgendwo lebendige Gestalt angenommen hat oder angestrebt wird. Es bekundet sich darin nur der verwerflich böse Wille gegenüber den Bedürfnissen unserer Zeit und eine Negation, welche die Mörzler ebenso als die öbsten Manchesterleute wie als phrasenreiche Anarchisten im Frack erscheinen läßt.

Aus Oesterreich.

Der Verband der österreichischen Metallarbeiter hatte im abgelaufenen Jahre eine innere Krise zu überdauern, die durch tiefgehende Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Erhöhung der Mitgliederbeiträge entstanden sind. Der letzte Verbandstag beschloß bekanntlich, den Beitrag um 2 Kr. pro Woche zu erhöhen, um auf diese Weise einen entsprechenden Widerstandsfonds anzufüllen zu können. Dieser vom Vorstand eingebrachte Antrag wurde mit 45 gegen 9 Stimmen zum Beschluß erhoben. Sofort nach dem Verbandstag traten die Mitglieder des 10. Wiener Bezirks gegen diesen Beschluß auf und entzettelten eine Opposition, die der persönlichsten Motive nicht entbehrte. Die Verhandlung ordnete eine Urabstimmung der gesamten Mitgliedschaft an, um jedwede Schädigung der Organisation hintanzuhalten. Dieser Appell an die Mitglieder war um so notwendiger, weil die in Opposition stehenden Genossen sich anschlössen, eigene Vereine zu gründen, wodurch ein nicht zu übersehender Nachtheil für die mit so vieler Mühe aufgebaute Organisation der österreichischen Metallarbeiter entstanden wäre. Nun liegt das Resultat der Urabstimmung vor und wurde der Beschluß des letzten Verbandstages: die Beiträge um 2 Kr. zu erhöhen, mit einer ungeheuren Majorität angenommen. Es stimmten für die Erhöhung 6283, gegen dieselbe 1936 Mitglieder; an der Abstimmung haben sich ca. 60 Prozent der Mitgliedschaft beteiligt. Hierdurch ist diese Angelegenheit günstig beigelegt, da der opponierende Theil bereits eingesehen hat, daß er durch sein Vorgehen der Organisation keinen Nutzen gebracht hat.

Über auch nach einer anderen Richtung hin treten in der österreichischen Metallarbeiterbewegung Ereignisse ein, die einer entsprechenden Lösung dringend bedürfen. Der Verband der Metallarbeiter setzt sich aus den verschiedensten Fachvereinen und der größten Organisation der österreichischen Metallarbeiter, der „Union“, zusammen, die allein ca. 16.000 Mitglieder zählt. Die Fachvereine zahlen an die „Union“ monatlich pro Mitglied 8 Kr. und erhalten dafür Reiseunterstützung, Rechtschutz. Von diesen Beiträgen werden die Kosten für die allgemeine Arbeitsvermittlung und die Ausgaben für die allgemeine Agitation und die Wahlen in das Gewerbegericht, Unfallversicherung u. bestritten. Obwohl es auf der Hand liegt, daß diese kleinen Fachvereine nichts Ersprießliches leisten können und eine einheitliche Organisation aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter einzig und allein eine wirkliche Schutzwehr für die Metallarbeiter wäre, macht sich jetzt in besonders starkem Maße unter den Fachvereinen das Bestreben bemerkbar, sich von der großen Organisation loszulösen und getrennt zu marschieren. So sehr bedauerlich dies im Interesse der Mitglieder dieser Fachvereine ist, wird doch dieser Schritt zur Klärung wesentlich beitragen, denn über kurz oder lang werden diese Sonderbestrebungen keine Anhänger mehr finden. Es hat den Anschein, daß dieselben Dinge sich auch in unserer Bewegung vollziehen, die der Deutsche Metallarbeiterverband schon zum großen Theile erfolgreich hinter sich gebracht hat.

Seit dem 1. Januar erscheint ein neues Fachblatt der Metallarbeiter „Der neue Metallarbeiter“, so daß die österreichischen Metallarbeiter auch im Besitze eines Wochenblattes sind. In dieser Neugründung zwingen unsere preisgeheißenen Zustände. Das alte Organ „Oesterreichischer Metallarbeiter“ erscheint nach wie vor jeden 1., 2. und 4. Donnerstag, das neue Organ jeden 3. und 5. Donnerstag im Monat. Dadurch wurde der Zeitungstempel — eine österreichische Spezialität, nach welcher von jedem Exemplar einer Zeitung an den Staat ein Kreuzer an Stempelgebühr entrichtet werden muß — umgangen.

Die oberösterreichischen Metallarbeiter hielten am 28. Dezember in Steyr eine Konferenz ab. Es wurde beschlossen, für die Errichtung von Gewerbegerichten in dieser Provinz eine energische Agitation einzuleiten und die not-

wendigen Vorarbeiten für die Wahlen in die Unfallversicherungsanstalt schon jetzt in Angriff zu nehmen.

Kammern machen auch die Heizer und Maschinisten ernste Schritte, um eine entsprechende Organisation zu gründen und fand zu diesem Zwecke am 25. Dezember in Komotau eine Konferenz der Heizer und Maschinisten statt. Es wurde beschlossen, einen Verband der Maschinisten und Heizer für Böhmen zu gründen. Für die Mitglieder soll das Fachblatt der Metallarbeiter obligatorisch eingeführt werden. Zu Opatowitz soll ein Kongress stattfinden, zu dem die Maschinisten von ganz Oesterreich Delegationen entsenden sollen.

Die Wiener Schmiede hielten an den Weihnachtsfeiertagen eine große Protestversammlung ab, um ihre alte Forderung nach Einbeziehung in die Unfallversicherung neuerdings zu erheben. Wie dringend notwendig die Erfüllung dieses Wunsches ist, geht daraus hervor, daß von 1069 im Wiener Schmiedegewerbe beschäftigten Arbeitern nicht weniger als 108 von Betriebsunfällen verletzt wurden. In der Wirklichkeit stellt sich jedoch die Ziffer der Verletzungen viel höher. Wenn hier Erfolg erzielt werden soll, dann müssen sich die gesamten Kleingewerblichen Arbeiter zusammenschließen und eine energische Agitation einleiten.

Die österreichische Metallindustrie ist immer flott beschäftigt und in sehr grellem Widerspruch stehen die fortwährenden Klagen der Fabrikanten, wenn es sich darum handelt, für die Arbeiter etwas zu thun, zu den Berichten der Unternehmerorganisationen. Der Verein der österreichischen Montan-, Eisen- und Maschinenindustriellen hielt dieser Tage seine Jahresversammlung ab und geht aus dem erstatteten Berichte mit großer Deutlichkeit hervor, daß die Herren Ausbeuter wohl im Stande wären, bedeutend höhere Löhne zu zahlen und die geradezu unerhörte Ausbeutung etwas einzuschränken. In Nachsicht lassen wir einen kurzen Auszug des interessanten Berichtes folgen:

„Die Hoheisenproduktion war im Berichtsjahre eine gesteigerte und bewegte sich die Preise, insbesondere in Folge der außerordentlich günstigen Konjunktur, von welcher Deutschland beherrscht ist, auf einem höheren Niveau. Nach wie vor ist die Einfuhr an Hoheisen, in erster Linie an Gießereiroheisen, eine bedeutende und der Bedarf an letzterem, hauptsächlich in Folge der regen Bauhätigkeit in Wien, eine beträchtliche gewesen. Bezüglich der Einfuhr an Gießereiroheisen muß besonders hervorgehoben werden, daß die Zufuhr von amerikanischem Hoheisen eine stetige ist und selbst durch den Zwischenfall des spanisch-amerikanischen Krieges keine nennenswerthe Verringerung erfahren hat. Die Produktion in Handelseisen bewegte sich in den gleichen bescheidenen Grenzen wie im Vorjahre. Dagegen hat die Produktion in Konstruktionsseisen, Bausträgern und Waggonträgern im Berichtsjahre gleichfalls in Folge der anhaltenden regen Bauhätigkeit in Wien eine weitere Steigerung erfahren. Was die Erzeugung von Grobblechen anbelangt, so hat dieselbe keine Steigerung zu verzeichnen, während dies bei den Feinblechen der Fall ist. Der Bedarf an Eisenbahnoberbaumaterial weist auch im Berichtsjahre in Folge des andauernden Baues von Lokalbahnlinien eine nicht unwesentliche Steigerung auf. Im Zusammenhange damit erfreuen sich auch die Brückenbau- und Konstruktionswerkstätten einer konstanten Beschäftigung bei normalen Preisen, ebenso die Eisen- und Metallgießereien. Die Lokomotivfabriken waren — ein seit Jahren konstatirbarer Fall — im Berichtsjahre mit Aufträgen ziemlich ausreichend versehen und fanden, wenn auch in bescheidenem Maße, auch Besteller im Auslande. Die Waggonindustrie fand im ablaufenden Jahre eine ziemlich starke, jedoch ungleichmäßige Beschäftigung, da die meisten Bestellungen hauptsächlich von Lastwagen bis zum Herbst bewirkt werden mußten, so daß jetzt im Winter theilweise Arbeiter-Reduktionen eintraten. Der Export, auf welchen die österreichischen Waggonfabriken in Folge der Ungleichmäßigkeit der Zulandsbestellungen angewiesen sind, bewegte sich hauptsächlich nach Rumänien und in die asiatische Türkei, hatte jedoch diesbezüglich in der letzten Zeit mit der Konkurrenz der ungarischen Waggonindustrie zu kämpfen, welche vermöge der geringen Frachten im Vortheile ist. Die Maschinenfabriken waren nur zum Theile genügend, dagegen die Dampfkeßelabriken zum großen Theile gut beschäftigt. Die Maschinenfabriken hatten guten Absatz, ebenso die Walzwerke und die Klein- und Spezialmaschinenfabrikation. Letztere, insbesondere die Textilmaschinenbranche, vermochte den Export nach Ausland und den Balkanstaaten zu forciren und auch neue Absatzgebiete in Schweden, Finnland und Dänemark ausfindig zu machen, während das Inland in Folge des Darniederliegens der österreichischen Textilindustrie naturgemäß äußerst schwach war. Der Schiffbau bilde sozusagen ein todtes Gebiet. Hier tritt der frasse Gegensatz zwischen dem mächtigen Ausgestaltung der Kriegsmarine aller anderen Grenzstaaten gegenüber der zögernden und begrenzten Ausgestaltung unserer Seemacht besonders hervor. Wird das Ergebnis der industriellen Fähigkeit im Berichtsjahre allgemein zusammengefaßt, so könne dasselbe im Vergleiche mit der mächtigen Entwicklung der Eisen- und Maschinenindustrie im Auslande, insbesondere in Deutschland, nicht anders ausgedrückt werden, als daß im Großen und Ganzen ein träger Zug in der Entwicklung der österreichischen Eisen- und Maschinenindustrie vorherrsche. Der Metallmarkt hat sich im ablaufenden Jahre außerordentlich gut entwickelt. Der durch den Krieg zwischen Amerika und Spanien bedingte starke Konjunktur an Kriegsmaterial unter gleichzeitiger Einschränkung der Verschiffungen Amerikas an Kupfer und Zink, sowie Spaniens an Blei, gaben dem Markte den Impuls. Der großartige Aufschwung der deutschen Industrie, der Ausbau der deutschen und englischen, sowie der russischen Flotte, und in nicht mindererem Maße die kolossale Entwicklung der elektrischen Industrie, führten eine derartige Entwicklung des Weltmarktes herbei, wie sie seit Jahren nicht zu verzeichnen war, und hatten Kupfer, Blei, Zink, Quecksilber und Silber fortgesetzt zunehmenden Konjunktur bei namhaft erhöhten Preisen aufzuweisen.“

Und trotz dieses günstigen Standes der Industrie müssen die Arbeiter unseres Berufes die größten Anstrengungen machen, um zu verhindern, daß die ohnehin ungemein niedrigen Löhne nicht noch mehr von den „fatten“ Unternehmern herabgedrückt werden.

Metallarbeiterkonferenzen.

Am 15. Januar fanden sieben Konferenzen von Verwaltungsstellen des D. M. A. statt, auf denen u. A. über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung berathen wurde.

Für die Einführung entschieden sich:

die Konferenz in Neumünster	mit 24	gegen 3	Stimmen
" " " " " " " "	25	" 15	"
" " " " " " " "	13	" 10	"
" " " " " " " "	17	" 3	"
" " " " " " " "	" einstimmig		

Gegen die Einführung votirten:

die Konferenz in Mainz	mit 31	gegen 14	Stimmen,
" " " " " " " "	23	" 14	"

Zur Generalversammlung.

Arbeitslosenunterstützung und Anderes.

Von J. Dejung, Frankfurt a. M.

(Schluß.)

Es erscheint fast keine Nummer der „Met.-Ztg.“ mehr, ohne daß nicht dieser oder jener Kollege seine Meinung und zwar bisher in fast durchweg zustimmender Weise äußert. Ich glaube, dem Vorstand wird manchmal schweiß um's Herz, wenn er diesen oder jenen Aufsatz liest, denn diese Kollegen erweisen der Sache der Arbeitslosenunterstützung sehr schlechte Dienste. So schreibt z. B. der Kollege Jung aus Offenburg Einiges über kommunale Arbeitslosenunterstützung, das, wenn man vom Schneehaufeln, Eisbaden, Holzsägen usw. absteht, genau auf die von ihm empfohlene, von uns einzurichtende Unterstützung sehr zutreffend ist. Die Beitrags- und Unterstützungsätze stehen fast in demselben Verhältnis wie beim Vorstandsantrag. Mit den verschiedenen Skatulen, Bestimmungen und Reglements wird's schon so werden, wie ich weiter oben (Nr. 2) gesagt. Der Zwangskarakter ist dem Kollegen verhaßt, ja zwingt man durch Majorisirung nicht vielleicht Tausende von Metallarbeitern zu einer Maßregel, die sie nicht gut heißen? Müde soll der Gedanke sein auf Staatsunterstützung, ein Armutsszeugniß ist es für einen Metallarbeiter, wenn er sagt, er kann keine 30 J bezahlen. Ich rathe dem Kollegen, sich einmal umzuschauen, grade in Offenburg mal anzufragen bei den sehr schlecht bezahlten Arbeitern, was die ihm sagen werden. Der Kollege von Lübeck liefert so richtig den Beweis, welche Illusionen in manchen Köpfen erweckt werden. Er würde sein blaues Wunder erleben, wie viel Mitglieder wir nach seinem Vorschlag auf einmal bekämen und wie schnell sie wieder verschwunden wären, wenn sie ihre Unterstützung herausgeholt haben, um an einem anderen Orte dasselbe zu machen; nach dem heutigen System wäre dies sehr gut möglich. Auch dem Kollegen E. P. aus Berlin (ich glaube ihn persönlich zu kennen) möchte ich Einiges sagen, er mag es seinen dortigen Kollegen erzählen. Vor allen Dingen hätte in Berlin eine musterhafte Arbeitslosenstatistik durchgeführt werden können, denn nach dem Kollegen E. P. braucht man nur, um eine Sache durchzuführen, den guten Willen zu haben, alles Andere ist Nebensache. Es ist ferner kein Geheimniß, daß schon vor zwei Jahren die leitenden Personen in Berlin nicht viel gegen die Arbeitslosenunterstützung einzuwenden hatten, die Vereinigung wäre an der Einführung im „Deutschen“ nicht gescheitert. Wenn man also damals seiner Sache schon so gewiß war, warum hat man nicht einmal den Versuch gemacht — wir hätten es sicher nicht als Unbescheidenheit gedeutet — wenn die Berliner sich das Verdienst erworben hätten, den Nutzen der Arbeitslosenunterstützung nachzuweisen, ohne daß die Bewegung an und für sich darunter leiden würde.

Eigenthümlich muthet es uns aber an, daß die Berliner Kollegen den Antrag in Halle stellen werden, die einzelnen Verwaltungsstellen dürfen Lokalbeiträge erheben. (Berlin wird nach den Kassenbeständen dies kaum üthig haben.) Es soll dies jedenfalls eine kleine Unterstützung für die kleinen Verwaltungsstellen sein, die mit ihren 25 Prozent nicht auskommen. Diese Großmuth ist in der That rührend; wenn man aber bedenkt, daß die große Verwaltungsstelle Berlin 75 Prozent zu ihrem Auskommen haben muß, so muß man es sehr eigenthümlich finden, daß die Berliner nicht auf den Gedanken kommen, was in Berlin recht ist, muß in München oder sonstwo billig sein. Ich würde den dortigen Kollegen empfehlen, diesen Punkt gehörig zu diskutieren und den Kollegen in der Provinz zu zeigen, daß man in Berlin, um kollegial und solidarisch sein zu können, nicht so und so viel Prozent mehr haben muß als in der Provinz, sonst könnte vielleicht manche Ueberraschung kommen, denn viele in Braunschweig gemachte Besprechungen sind nicht eingetroffen. Aus Sanluisen sind Paulusse geworden: die am lautesten und ersten geschrien, sind am schnellsten umgefallen. So Kollege Schlegel in Berlin; er war der Erste, der vor zwei Jahren Sturm lief gegen die Arbeitslosenunterstützung. Daß diejenigen, die vor zwei Jahren für die Unterstützung eingetreten sind, heute noch dafür sind, ist logisch, daß aber Jemand, der vor zwei Jahren nicht zu befehlen war, jetzt auf einmal anders gesinnt ist, obwohl die Verhältnisse zur Einführung der Unterstützung schwieriger geworden und wahrhaftig keine neuen Gesichtspunkte in's Feld geführt sind, ist mehr als komisch. Und wenn heute Kollege Reichard-Dresden, der vor zwei Jahren „flammenden Protest“ erhob, rührend der viel umstrittenen Arbeitslosenunterstützung seine Liebe stammelt, so kommt man zu der Vermuthung, daß gewisse Wünsche die Väter der Gedanken gewesen sind. Der Vorstand wird sich im Kampfe um die Einführung der Arbeitslosenunterstützung durch diese Stützen bedeutend gestärkt fühlen.

Zum Schluß einige Vorschläge, wie ich mit den Ausbau unserer Organisation denke: Der durch mannigfache Agitation angewühlte Boden muß nunmehr planmäßig bearbeitet werden, das ganze Reich muß in Bezirke (Gaue) oder wie man es sonst nennt, eingetheilt, tüchtige, erprobte Kräfte mit der Leitung betraut werden, die bei jeder Anstellung unabhängig für den Verband wirken können. Die Anfänge dafür sind überall in den verschiedenen Agitationskomitees und Bezirken vorhanden, es gilt nur hier anzuknüpfen, das biletantisch Geübte berufsmäßig zu treiben und damit die Personen, die neben der rein geschäftlichen Verwaltungsarbeit auch die viel schwierigeren der Agitation zu leisten haben, zu entlasten. An Orten, wo die Zahl der Mitglieder es gestattet, ist immer ein Verbandsbeamter anzustellen; allerdings wird man, um dies durchzuführen zu können, den Verwaltungen einen

höheren Prozentsatz der Beiträge belassen müssen. Abwehrmaßnahmen gegen Verkümmern unserer Koalitionsfreiheit usw. müssen planmäßiger angewendet werden. Darin geschieht fast gar nichts und doch läßt sich damit in agitatorischer Beziehung sehr Vieles leisten, wenn man die Sache richtig anzufangen weiß. Die herrschende Gesellschaft bietet uns doch wahrhaftig genug Agitationsmittel, die noch immer verbende Kraft gehabt haben, man benutze sie nur mehr als bisher. Man darf nicht so naiv sein und glauben, einmal gewonnene Kollegen müssen dem Verband treu bleiben, fernermal das Prinzip usw. die Leute zu uns geführt hat. Die Kollegen kommen, weil sie keinen andern Ausweg wissen, die Prinzipienfestigkeit muß denselben erst im Verbandsbegebrach werden; und weil da oft die Lehrmeister nicht geschult genug sind, bleiben die Schüler wieder fern. Es wird dann auch möglich sein, Lohnbewegungen, Verkürzung der Arbeitszeit usw. durchzuführen, das Unternehmertum hat es dann nicht mit Dilettanten, sondern mit geschulten Führern zu thun. Wie sieht es heute mit einer Lohnbewegung oder einem Streik aus? In den allermeisten Fällen ist die Vorbereitung trotz mühevoller Arbeit für den Einzelnen so mangelhaft, daß diese schon die Niederlage von vorneherein in sich birgt. Wie handelt man da heute? Der Vorstand schickt eines seiner Mitglieder oder einen Vertreter in das „Ausstandsgebiet“, dieser muß sich mit den Berichten der beteiligten Personen begnügen, trifft Maßnahmen, die ihm geeignet erscheinen und reißt ab, den Kollegen ruhig den Kampf führen lassend. In den meisten Fällen wird aber schon vorher abgewimmelt.

Dies muß anders werden; hierin dürfte uns die Organisation der Maurer zum Vorbild dienen, deren Vorstandsmitglieder die mit so großem Erfolg begleiteten Lohnbewegungen in dem von mir angedeuteten Sinne mit geschulten Kollegen eingeleitet und durchgeführt haben. Dort hat man den Beweis erbracht, daß man auch ohne neue Agitationsmittel Mitglieder zu gewinnen und zu halten weiß, man darf eine Bewegung eben nicht vom Drehstuhl aus leiten wollen. Damit will ich selbstverständlich keinen Vorwurf gegen den Vorstand schießen, denn nur zu gut weiß ich, daß derselbe zur Erledigung der laufenden Geschäfte gegen seinen Willen in's Bureau gefesselt ist. Das liegt eben in dem System und dieses muß geändert werden. Die diesbezüglichen Anträge werde ich schon einbringen.

Kollege Haack-Dresden hat das Wort gebraucht: „Der Metallarbeiterverband steckt noch in den Kinderschuhen“ und ich muß ihm bezüglich der Verwaltung und der Führung von Lohnbewegungen und Streiks vollständig recht geben. Ich werde später Veranlassung nehmen, diese Punkte in einem besonderen Aufsatz zu behandeln.

Zum Schluß will ich noch auf einen Punkt hinweisen, den man bis jetzt gar nicht beachtet hat, nämlich die Gefahr einer Spaltung. Schon vor zwei Jahren waren Vorbereitungen getroffen (nicht hier in Frankfurt) die Fahne der Revolution gegen den Verband zu erheben; jetzt, wo wir auf dem besten Wege einer vollständigen Vereinigung aller Metallarbeiter sind, ist es wahrhaftig gefährlich, mit so gewagten Experimenten Zwietracht in unsere Reihen zu bringen. Und blide man doch einmal zurück: haben wir keine Fortschritte gemacht? Beachte man die gemachten Fehler, setze an Stelle mangelhafter Einrichtungen bessere. Der Grundgedanke unserer Organisation ist gut, seien wir nur selbst Männer der muthigen That und laufe man sich in unserer Organisation nicht allzubequem einzurichten, damit, wenn wir einmal wieder niedergeschlagen werden, wir nicht allzuviel zu beklagen haben, denn zum „Königlich preussischen Metallarbeiterverband“ werden wir niemals werden.

An der Jahreswende, just als Scheidegespräch des alten Jahres traf uns die Kunde, daß man im Reichstage ernstlich damit umgeht, die Arbeitsnachweise gesetzlich zu regeln, also auch hier wird uns ein sehr wichtiges Gebiet entziffen werden, seien wir auf dem Boden, damit die Sache wenigstens einigermaßen in unserem Sinne gemacht wird. Große, schwere Kämpfe stehen uns um die Erhaltung unserer Organisation bevor, der Dienst der Freiheit ist ein harter Dienst und er wird immer schwerer, deshalb dürfen wir keine Aufheppungen, sondern müssen Arbeitsplätze schaffen, und uns allen Ballast fern halten. Deshalb Kollegen in Großstadt und Provinz, prüfet sorgfältig, hört die Freunde und Gegner der Arbeitslosenunterstützung, die Entscheidung wird Euch dann nicht schwer sein.

Zu meinen in Nr. 53 gebrachten Ausführungen muß ich nachträglich konstatieren, daß ich mich uncorrecte ausgedrückt habe, insofern als ich selbst auch nicht gemeint habe, die Karenzzeit solle ganz in Wegfall kommen. Dasselbe soll bloß für die Kollegen, die die zum Heilzettelbezüge nötigen statistischen Bedingungen erfüllt haben, wegfallen. Mühsen soll den bisherigen seheren Mitgliedern der Vortheil (nur mit dem Betrage von 6 M für Alle) auch gleichzeitig mit der Beitragserhöhung zu Gute kommen. In diesem Sinne sind meine Ausführungen aufzufassen. Demzufolge wäre dem Antrage unseres Vorstandes hinzuzufügen:

Die Mitglieder, die dem Verbands bis zum Tage der Einführung der Beitragserhöhung 52 Wochen angehört, treten ohne weitere Karenzzeit in den Genus der Einrichtung (d. h. alle mit dem niedrigsten Satze).

Hierdurch glaube ich den Redaktionsbemerkungen die Spitze abgebrochen und gleichzeitig einer Meinung Ausdruck gegeben zu haben, die von einem großen Theil unserer Kollegen getheilt wird.

Lübeck. B. F.

Ich würde mich nicht veranlaßt gesehen haben, die „Art. 10“ in Anspruch zu nehmen, wenn nicht in der am 8. Jan. hier abgehaltenen Versammlung die Gegner der Arbeitslosenunterstützung durch den Entzug der Diskussion verhindert worden wären. Ihre Ansicht darzulegen.

Die Frage der Arbeitslosenunterstützung, die die Mitglieder des D. M. A. schon mehrere Jahre beschäftigt, muß ein für allemal gelöst werden; am Besten dadurch, daß sie strikte abgelehnt wird. Daß durch die Einführung derselben der Fluktuation vorgebeugt wird, bestreite ich auf das Allerentschiedenste.

*) Nach dem uns bereits vorliegenden ausführlichen Versammlungsbericht hat nach Sen. Röther ein Gegner der Arbeitslosenunterstützung, Sen. Rohricke, gesprochen, worauf die Diskussion geschlossen wurde.

Wenn die ehemaligen Gegner jetzt, trotzdem sich die Verhältnisse nicht geändert haben, dafür eintreten, so scheint mir bei einigen Kollegen in Berlin ein persönlicher Ehrgeiz vorzuliegen, um lediglich wieder mal als Delegirte an der Generalversammlung theilzunehmen.

Durch die fortschreitende Technik in der Metallindustrie wird ein gewaltiger Prozentsatz unqualifizirter Arbeiter beschäftigt, so daß wir durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung unsern Verband lediglich zur Brutstätte solcher Kollegen, die stetig mit Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, machen würden. Wir werden dann im Verbands zwei Kategorien von Mitgliedern haben: die einen gehören ihm an der Unterstützung wegen, die anderen wirken für die Interessen des Verbandes, werden aber durch erstere daran gehindert.

Die englischen Gewerkschaften können uns nicht als Beispiel dienen, denn sie sind ein Hemmschuh für die politische Bewegung.

Vergleichen wir die Mitgliederzahl der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaft mit dem Deutschen Metallarbeiterverband, so ergibt sich Folgendes: Im ganzen deutschen Reiche sind ungefähr 645,000 „Metallarbeiter“ beschäftigt. Außerdem noch 70,800 Formner, 31,750 Goldarbeiter, 9,800 Kupfer-schmiede, 130,750 Schmiede, zusammen ungefähr 869,000 Metallarbeiter. Von diesen sind trotz der Versicherungsinstitute der Gewerkschaften nur 31,230 oder 3,53 Proz. in denselben organisiert. Rechnet man nun aber die Formner, Goldarbeiter, Schmiede usw. ab, so stellt sich das Verhältnis noch viel ungünstiger. Im Gegensatz dazu sind im D. Met.-Verb. rund 10 Prozent, wenn wir die Formner, Gold- und Silberarbeiter, Schmiede usw. abrechnen. Zieht man nun die größeren Industriegebiete näher in Betracht, so kommt man zu dem Ergebnis, daß z. B. in Berlin 25 Proz. Metallarbeiter und in Stuttgart 66 Proz. der Formner organisiert sind. Auch hat ja der Hauptvorstand, laut Abrechnung, selbst zugegeben, daß sich der Mitgliederbestand das Jahr um rund 3000 vermehrt.

Ich fordere alle Befürworter der Arbeitslosenunterstützung auf, mir einen Grund anzugeben, daß dieselbe nothwendig ist und daß die Interessen des Verbandes dadurch nicht in Frage gestellt werden. Den Grund betreffs Fluktuation erkenne ich nicht an.

Der Buchbinderverband hat sich veranlaßt gesehen, in Folge der Einführung der Arbeitslosenunterstützung die Beiträge in den einzelnen Gauen zu erhöhen, sie zahlen 35 M. Die Unterstützung schwankt bei den Lebigen zwischen 12 und 20 M im Jahre, bei den Verheiratheten zwischen 20 und 40 M. Trotz der Unterstützung hat der Buchbinderverband 700 Mitglieder wegen Beitragsrückstand in einem Vierteljahre streichen müssen. Ferner ist laut Bericht des Vorstandes nachgewiesen, daß in Folge der Einführung der Arbeitslosenunterstützung ein großer Prozentsatz Arbeitsloser mehr vorhanden war als vorher. Wenn die Arbeiter Ungedult der Versuche der Regierung und des Unternehmertums, das Koalitionsrecht unmöglich zu machen usw. nicht zum Massenbewußtsein gekommen sind, dann kann man mit dem Fördermittel der Arbeitslosenunterstützung diesem Indifferentismus nicht zu Leibe gehen.

Mögen es sich die Kollegen reichlich überlegen, dann müssen sie die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ablehnen.

An die Vertheilten, Branchendirektoren usw. möchte ich aber die Bitte richten, dafür zu sorgen, daß den Mitgliedern allwöchentlich die Beiträge abverlangt werden. Dann werden wir der Fluktuation eher entgegenzutreten können als durch die Arbeitslosenunterstützung.

Berlin. Max Bauck.

Die meisten Empfehlungen zur Annahme der Arbeitslosenunterstützung rühren bis dato nur von Kollegen größerer Städte her. Man möchte fast sagen, der Kollege Jung habe keine Ahnung von unseren Köhnen, hauptsächlich in Polen und Schlesien, er wisse nicht unter was für schmerzlichen Verhältnissen wir zu agitiren haben. Hinterher wird uns noch der Vorwurf gemacht, daß wir überhaupt nicht agitiren. Es ist doch fast widersinnig, wenn er die Metallarbeiter in die Lohnstufe der Putzmaier stellt, ich kann das nur daraus erklären, daß er vielleicht einer der heilbesessenen Metallarbeiter ist. In den kleineren Verwaltungen fehlt es sehr oft an besseren Kräften, die den Verband zu leiten im Stande sind. Das kommt daher, weil sich die meisten nach den größeren Städten ziehen, wo bessere Löhne bezahlt werden. Ueberhaupt muß die Arbeitslosenunterstützung nur den größeren Städten; wenn man in einer kleinen Stadt erst einmal arbeitslos wird, so bekommt man dabeist in jenseitigen Fällen wieder Arbeit. Ein verheiratheter Kollege muß sich in einer kleineren Stadt mehr bieten lassen, bloß um nicht arbeitslos zu werden. Es ist nicht bloß der Beitrag, den man an den Verband zu zahlen hat, der in Betracht kommt, man will doch auch ein Parteiblatt lesen und ist schließlich noch in einer freien Krankenkasse. Auch will man hin und wieder eine neue Broschüre lesen, man muß auf Sammel-Listen zeichnen. So geht in der Woche 1 M drauf. Das fällt bei unseren niedrigen Löhnen gar sehr ins Gewicht. Meist man mit den Beiträgen, was unter Umständen vorkommt und auch dem zielbewußtesten Kollegen passieren kann, alsdann fällt es einem Familienvater noch schwerer, seinen Verpflichtungen nachzukommen, und bei den erhöhten Beiträgen würde es noch schlimmer werden. Auch hat es mich sehr in Siemen berührt, daß der Vorstand diesmal gleich mit 10 M Beitragserhöhung kam, wo er doch vor zwei Jahren schon bedeuken wollte, mit 5 M Erhöhung auszukommen. Ich stehe aber auf dem Standpunkte, daß wir auch bei 10 M in schweren Krisen der Arbeitslosigkeit nicht auskommen und Krisen stehen bevor. Durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung setzt man die kleineren Verwaltungen aufs Spiel. Auch glaube ich ferner, daß eine andere als gerade diese Unterstützung durchführbar wäre, z. B. die Waisenunterstützung, wie sie der Holzarbeiterverband hat.

Diegen. Georg Döring.

Erwiderung.

„Der Generalversammlung, Arbeitslosenunterstützung und Anderes“ — betitelt sich ein Artikel des Senats Dejung-Frankfurt a. M. in Nr. 2. Wenigleich der Artikel Worte und nichts als Worte enthält, deren jede Beweiskraft fehlt, so ist er doch geeignet, Unklarheit und Verwirrung in die Reihen der Mitglieder zu tragen, weil er — man verzeihe den Ausdruck — mit tabulirter Zinse ab-

gefaßt ist. Das Unwesentliche wird als Wesentliches hervor-gehoben, Behauptungen, die mit den Thatfachen nicht im Einklang stehen, werden aufgestellt und auf solche Weise soll „bewiesen“ werden, daß der Vorstand auf dem Holzwege ist. Es erscheint mir daher zweckmäßig, die Worte des Dejung'schen Artikels näher zu beleuchten bezw. richtig zu stellen.

Was zunächst den Vorwurf betrifft, daß der Vorstand sich in Nr. 48 v. J. den „prinzipiellen Bedenken“ gegenüber gar nicht äußerte, so dürfte Dejung nicht unbekannt sein, daß der Vorstand prinzipielle Bedenken überhaupt nicht anerkennt, weil die Erweiterung des Unterstützungs-wesens in den Gewerkschaften lediglich eine taktische Frage ist. Es wäre immerhin interessant gewesen, die prinzipiellen Bedenken Dejung's kennen zu lernen, zumal da er ja — nach seinem Artikel — sich auf dem Wege der Entwicklung zu einem prinzipiellen Gegner zu befinden scheint. Was Dejung einwendet, sind Momente praktischer, stellenweise sogar sehr praktischer Natur, und daher nur als solche aufzufassen und zu behandeln.

Doch sehen wir den Artikel näher an. Zunächst wird es in demselben als zweckmäßig bezeichnet, wenn der Vorstand in großen Städten wie Berlin, Hamburg u. Verluhe, die Arbeitslosenunterstützung auf totaler Grundlage durchzuführen, unterstützt oder gar zu derartigen Experimenten an-geregt haben würde. Warum wohl hat der Vorstand das nicht gethan? Weil er, wie Dejung sehr gut weiß, von jeder der Ansicht ist, daß das Unterstützungs-wesen vorthell-haft nur auf zentralistischer Basis durchführbar ist, weil dadurch die stärkere Belastung des einen durch weniger starke Belastung des anderen Ortes sich ausgleicht und umgekehrt. Derselben Gründe, die zu dem Zusammenschluß der früheren Lokalvereine zur Zentralisation führten, gelten auch bei dem weiteren Ausbau des Unterstützungs-wesens. Genau so wie ein Ort es die Mittel für seine Kämpfe auf die Dauer nicht allein aufbringen kann, genau so wie die Wanderunterstützung und alle übrigen Aufwendungen für Unterstützungs-zwecke, Agitation und Rechtschutz nach dem Grundsatz der Gegen-seitigkeit aufgebracht werden, genau so muß es mit der Arbeitslosenunterstützung gehalten werden. Der Vorstand hätte also gar keinen größeren Fehler begehen können, als den, der ihm vom Artikelschreiber in Nr. 2 zugemuthet wird. Er hätte dadurch eher Stimmung gegen als für die Arbeits-loosenunterstützung gemacht und dadurch die Gegner der Arbeitslosenunterstützung nicht unwirksam unterstüzt. Daß der Vorstand diesen den Gefallen nicht gethan hat, mag für sie nicht angenehm sein, immerhin beweist aber eine derartige Zumuthung eine nicht geringe Dosis Naivität.

Wenigleich liegt es mit den Stichproben über die Arbeits-loosigkeit. Da der Artikelschreiber sich selbst schon mit stati-stischen Erhebungen befaßt hat, darf man wohl voraussetzen, daß er den Werth des auf diese Weise zusammengetragenen Materials zu schätzen weiß. Wenn er nicht, so möge ihm die Arbeitslosenstatistik in unserem Verbands vom Jahre 1898 und die zu ihr von unseren Delegirten auf der General-versammlung in Braunschweig gemachten Randglossen über die Möglichkeit einer zuverlässigen Statistik bei der jetzigen Verfassung unseres Verbandes die Augen öffnen. Was sollen aber derartige Stichproben u. für einen Werth haben in der Zeit der wirtschaftlichen Prosperität? Gerade die Gegner würden nicht mit Unrecht einwenden, daß ein derartiges Material für die Beurtheilung der Frage der Durchführbar-keit der Arbeitslosenunterstützung ungeeignet ist, wie sie es ja mit den am Anfang der wirtschaftlichen Prosperität vor-genommenen amtlichen Arbeitsloosenzählungen jetzt schon thun.

Ein weiterer Einwand ist der, daß die Fluktuation im Jahre 1897 wohl schwerlich so groß gewesen sei, wie sie vom Vorstand angegeben ist. Wenn ein gewöhnliches Mitglied, das seinen Einblick in die Rechnungslage des Vorstandes hat, derartige Zweifel erheben würde, wäre dies erklärlich, wenn aber ein Mann, wie Dejung, der kraft seiner Stellung im Verband in der Lage und verpflichtet ist, die Abrech-nungen zu prüfen, dies thut, so muß man wirklich daran zweifeln, ob er noch ernst genommen werden will. Die Ab-rechnung beweist, was Dejung bezweifelt. Außerdem kann aber ein jedes Mitglied sich die Sache selbst ausrechnen und sich eventuell bei der Verwaltungsstelle Berlin nach der Zahl der vom Lokalverband übergetretenen Mitglieder erkundigen. Es wäre hier Pflicht des Artikelschreibers ge-wesen, seine Zweifel auch beweiskräftig zu belegen. Warum die Ausstritte erfolgen, erklärt Dejung vor allem mit dem lässigen Zahlen der Beiträge, eine Erklärung, die nicht von der Hand zu weisen ist. Warum aber die Beiträge lässig gezahlt werden, erklärt der Vorstand mit dem Mangel eines geeigneten Bindemittels, mit dem Umstand, daß wir heute mehr und weniger berechtigte Mitglieder haben. Wir haben heute die Wanderunterstützung für diejenigen, die noch reisen können, wir haben Gemäßregeltenunterstützung für diejenigen, die offenkundig gemäßiget worden, wir haben die Unterstützung nach § 2c für besondere Fälle der Noth für diejenigen, die sich nicht geniren, ihre Verhältnisse klar zu legen und dann auch für diejenigen, die es richtig ver- stehen. Für diejenigen aber, die dem Unter-nehmer ebenfalls der Organisation wegen miß-fallen, die ihm aber keinen Anlaß geben, sie des-wegen zu entlassen, sondern die aus anderen billigen Gründen, Mangel an Arbeit u. z. abge-wimmelt werden, haben wir Nichts! Das ist der Grund, warum die Beiträge so lässig gezahlt werden und warum die älteren, ortsanfässigen Mitglieder uns fern bleiben oder nur kommen, wenn sie uns brauchen. Der massenhafte Zufluß zur Organisation bei Streiks erfolgt doch nicht etwa bloß des Kampfes allein wegen, sondern wegen der Unterstützung, die die Verproviantirung der Streiker darstellt.

Dies ist auch einzig und allein die Ursache, daß die Kampfesfähigkeit unseres Verbandes nicht größer ist. Es verräth eine Unkenntniß der einschlägigen Verhältnisse, wenn man behauptet, ein Streikreglement habe die Kampfes-fähigkeit des Verbandes eingeschränkt. Der Umstand, der ein Streikreglement nöthig machte, ist auch die Ursache der „Einschränkung der Kampfesfähigkeit“. Diese steigert sich mit der Organisation des Kampfes, mit der Schulung zum Kampfe. Zum Kampfe schulen kann man aber nur die-jenigen, die der Organisation angehören, nicht aber ab- und zufliegen wie bei einem Taubenschlag. Hierzu kommen auch noch andere Ursachen, und nicht zum letzten der Umstand, daß unsere Organisation mit dem Fortschritt

der Unternehmerorganisationen nicht gleichen Schritt gehalten hat. Würde wirklich die Kampfesfähigkeit des Verbandes durch das Streikreglement beeinträchtigt, wie läme es, daß andere Verbände, wie z. B. der Deutsche Holzarbeiter-Verband, der eine derartige „Einschränkung der Kampfesfähigkeit“ nicht hat, in Bezug auf die Stabilität des Mitgliederbestandes in einer Randbemerkung zu seiner Abrechnung vom 4. Quartal 1897 folgendes ausführt:

„Für das Jahr 1897 sind, wie für das Vorjahr und wohl ebenfalls aus Anlaß der lebhaften Lohnbewegung, Massenaufnahmen zu verzeichnen, indem mehr als 30,000 neue Mitglieder dem Verbands beigetreten sind. Leider haben aber auch hier wieder etwa 1/3 aller Beigetretenen nach Beendigung der Bewegung dem Verbands den Rücken gekehrt. Anstatt in der Organisation für Erhaltung des Ertrages einzutreten, bleibt man dieser fern und und sieht sich so der Gefahr aus, vielleicht schon nach wenigen Jahren und unter erschwerten Umständen von Neuem für das jetzt errungene kämpfen zu müssen“ u. s. w.

Diese Ausführungen, die wohl auch Dejung kaum als unzutreffend wird bezeichnen wollen und können, beweisen zweierlei: 1) Daß die „Kampfesorganisation“ allein die Mitglieder einer Organisation unter der Fluktuation des Mitgliederbestandes leiden muß, weil die Organisation in unruhige Kämpfe verwickelt wird. Aber abgesehen von dieser Thatsache bleibt Dejung den Beweis für seine Behauptung schuldig, daß durch das Streikreglement der Verband kampfesunfähig geworden sei. Gerade die in den letzten Jahren nach dem Streikreglement organisierten Streiks sollten ihm gezeigt haben, daß nicht zu wenig gekämpft worden ist. Und dann ist doch der Kampf nicht das Ziel der Organisation, sondern Vermeidung des Kampfes da, wo es möglich ist, ohne einen solchen Verbesserungen zu erzielen oder Verschlechterungen hintanzuhalten.

Daß aber trotz des Streikreglements in Fällen der unumgänglich notwendig gewordenen Abwehr nicht unbedeutende und nicht gerade durchweg gut organisierte Ausstände stattgefunden haben, wie in Stettin, Torgelow, in verschiedenen Fahrradwerken, und meist verloren glangen, ist ein weiteres bezeugtes Zeugnis dafür, daß a n d e r e Ursachen die Kampfesfähigkeit beeinträchtigen.

Nun meint Dejung, aus dem Umstand, daß der Hirsch-Dunder'sche Gewerbeverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter bei 30,000 Mitgliedern schon weit über die hunderttausendste Haupt-Nr. hinausgerückt sei, beweisen zu können, daß die Fluktuation eine spezifische Eigenschaft der Industrieverbände sei. Ist dieser „Beweis“ als gegliedert zu bezeichnen? Nein. Der Hirsch-Dunder'sche Gewerbeverein besteht 30 Jahre, unser Verband 7 1/2 Jahre. Hat der Hirsch-Dunder'sche Gewerbeverein es in einem Zeitraum von 30 Jahren auf die Hauptnummer von 150,000 oder mehr gebracht, so ist unser Verband in den 7 1/2 Jahren seines Bestehens auf 290,000 gediehen. Also in dem vierten Theil der Zeit auf nahezu das Doppelte. Beim Gewerbeverein sind also, die Haupt-Nr. auf 200,000 angenommen, in 30 Jahren 170,000 Personen zu- und abgegangen, bei uns in 7 1/2 Jahren mindestens 200,000, das macht einen Wechsel pro Jahr im Hirsch-Dunder'schen Gewerbeverein von durchschnittlich 5667, bei uns 26,667, also bei uns nahezu 5mal so viel. Hierbei ist für die Hirsch-Dunder'schen u. n. g ü n s t i g gerechnet, indem die Hauptnummer höher angenommen wurde, als sie nach den Angaben Dejung's ist, während bei uns die Hauptnummer um den Bücherbestand in den Filialen gekürzt wurde. Also Dejung's sehr gewagte Argumentation aus den Hauptnummern der Mitgliedsbücher beweist, daß die Fluktuation im Hirsch-Dunder'schen Gewerbeverein mit seinen Kasseneintrichtungen ungefähr nur den 5. Theil der in unserem Verband vorhandenen ausmacht. Nun hinkt aber der Beweis Dejung's noch in anderer Hinsicht. In den letzten Jahren, und speziell seit Bestehen einer geschlossenen Zentralisation der Metallarbeiter moderner Richtung, kommt es mehrfach vor, daß Mitglieder des Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereins zu dieser modernen Organisation übertreten und dadurch eine größere Fluktuation herbeiführen. Weiter aber wird die Fluktuation im Hirsch-Dunder'schen Gewerbeverein begünstigt durch den Mangel dessen, was Dejung „Kampfesfähigkeit“ nennt. Wenn trotzdem der Abgang der Mitglieder kein größerer ist als oben angeführt, so ist dies wohl ein bezeugtes Zeugnis dafür, welchen Werth die Arbeiter Unterstützungsvereine beilegen. Bei gewandter Entwicklung dürfte, wenn von der Fluktuation des Gewerbevereins als einer den Industrieverbänden eigentümlichen gesprochen wird, die Fluktuation bei uns höchstens einen Jahresdurchschnitt von 11—12,000, auf keinen Fall aber 26,000 erreichen.

Sodann kommt es Dejung merkwürdig vor, daß der Vorstand nur die Buchdruckerzahlen bis 1895 benutzt hat. Man lese nur den Artikel in Nr. 48 v. J. und man wird begreifen, w a r u m dies geschehen ist. Der Vorstand greift da auf seinen Antrag von 1897, der unter Anderem auch mit den Buchdruckerzahlen begründet war, zurück. Dieser Antrag wurde Ende 1896 bzw. Anfang 1897 ausgearbeitet, als die Abrechnungen späterer Jahre noch nicht vorlagen. Wenn aber der Vorstand jetzt seinen Antrag v o n d a m a l s mit dem Begründungsmaterial erwähnt, kann er unendlich späteres Material zur Begründung oder Widerlegung der auf früheres Material erfolgten Angriffe verwenden. Das ist so logisch wie nur etwas. Zudem lag dem Vorstand ja gar nicht daran, mit dem nochmaligen Wiederholen des Materials und der daraus gezogenen Schlüsse für seinen heutigen Antrag etwas zu beweisen, sondern er hielt es nur für zweckmäßig, den Mitgliedern bekannt zu geben, daß er dies oder jenes Material damals herangezogen hatte und jetzt noch anderes Material zur Nachprüfung verwendet hat. Hat denn aber der Vorstand die Buchdruckerzahlen allein angeführt? Nein. Man lese nur den Vorstandsartikel in Nr. 48, 8. Spalte, und man wird sehen, daß der Vorstand viel weiter gegangen ist. Er nahm 6 1/4 Proz. ortsansässige Arbeitslose an und legte diese seinen Berechnungen zu Grunde. 1897 wurden 40,000 Mitglieder angenommen, von denen 6 1/4 Proz. = 2500 je 40 A auf volle 40 Tage Arbeitslosenunterstützung erhalten sollten, so daß die Aufwend-

ungen für Arbeitslosenunterstützung gerade noch einmal so hoch veranschlagt wurden, wie nach den Schlüssen aus den Buchdruckerzahlen sich herausstellte. Um aber zu beurtheilen, ob der Vorstand damals zu niedrig taxirt hat, müge das zur Beurtheilung der Sache aus dem eigenen Verband gewonnene Material dienen. Der Vorstand konstatierte damals, daß im Jahre 1895 rund 5000 Arbeitslose auf der Reise unterstützt worden sind. Unter diesen Reisenden befanden sich Arbeitslose, die der Ausbildung oder Erfahrungssammlung wegen reisten, und Verheirathete. Alle diese Arbeitslosen wurden von den Mitteln der regulären Beiträge unterstützt und machten, 40,000 Mitglieder gerechnet, 12 1/2 Prozent der gesamten Mitglieder aus. Hierzu sollten kommen 6 1/4 Prozent ortsansässiger Arbeitsloser, so daß im Ganzen 18 3/4 Prozent, also 7500 von 40,000 Mitgliedern als Arbeitslos angenommen wurden. Eine Zahl, wie sie selbst bei den größten Krisen bis jetzt noch nicht erreicht wurde und in absehbarer Zeit auch nicht erreicht werden wird. Man vergewärtige sich die 18 Proz. und man sieht jedes 5. bis 6. Mitglied arbeitslos. Dejung's Gegenbeweis mit den Buchdruckerzahlen ist also schon deswegen fehlgeschlagen, weil diese nur einen Theil der Berechnungen und Schlüsse des Vorstandes betreffen, nicht aber als Grundlage seiner Berechnungen dienen.

Dejung hat also hier Neben-sächlich-es in Frage gestellt, ohne die Hauptsache durch Beweisführung zu entkräften. Beweisführung ist überhaupt die schwache Seite in seinem wortreichen Artikel. „Habt ihr denn die Tausende von Herbergen im ganzen Reiche vergessen, die Tausende von arbeitslosen Metallarbeitern beherbergen?“ ruft er pathetisch aus. Nein, lieber Freund, diese sind nicht vergessen. Wie allgemein bekannt, wurde die Arbeitslosenzählung am 2. Dezember 1895 mit der Volkszählung verbunden, und es wurden bei dieser Volkszählung, wie Jedermann weiß, alle in Gasthäusern in der Nacht zum 2. Dezember logirenden und die im Laufe des Vormittags bis 12 Uhr Mittags nach durchreister Nacht angekommenen Reisenden mitgezählt. Dasselbe ist auch bei der am 14. Juni 1895 erfolgten Berufs- und Gewerbe-zählung geschehen, wie aus nachfolgender Bestimmung der amtlichen „Anweisung für Zähler“ hervorgeht. Es heißt da:

„In Gasthöfen, Herbergen u. dergl. wolle der Zähler darauf aufmerksam machen, daß a l l e G ä s t e, welche in der Nacht zum 14. dort übernachtet haben oder Vormittags nach durchreister Nacht dort ankommen, daselbst der Zählung unterliegen, da sie daselbst nicht als anwesend gezählt werden sollen. Die Gäste sind daher rechtzeitig von den Wirthen um die für die Haushaltungsliste erforderliche Auskunft über ihre Personalien zu ersuchen.“

Zu dem Reichsgesetz vom 8. April 1895 betreffend die Vornahme einer Berufs- und Gewerbe-zählung im Jahre 1895 heißt es im

§ 5: „Wer auf Grund dieses Gesetzes an ihn gerichtete Fragen wesentlich wahrheitswidrig beantwortet oder diejenigen Angaben zu machen verweigert, welche ihm nach diesem Gesetz und den zur Ausführung desselben erlassenen Vorschriften obliegen, wird mit Geldstrafe bis zu dreißig Mark bestraft.“

Wer das Herbergswesen in Deutschland kennt, weiß, daß gerade den Herbergen die Polizei einen nicht unbedeutenden Theil ihrer Aufmerksamkeit zuwendet und genau zu unterscheiden weiß, in welchen Geschäften arbeitslose Arbeiter und in welchen Geschäfts- und andere Reisende verkehren. Und Jedermann, der die Herbergswirthe kennt, weiß, daß sie in ihrer übergroßen Mehrheit mit peinlicher Sorgfalt vermeiden, bei der Polizei in Ungnade zu verfallen, zumal da sie aus irgend einem Capitus nur Unzuträglichkeiten, Strafen und Schikanen zu erwarten haben. Der Einwand Dejung's ist also ebenfalls nur ein leerer Einwand ohne jede Beweiskraft.

Aber noch eins. Hat denn der Vorstand wirklich die Arbeitslosenzählung im Reiche, also eine 2prozentige Arbeitslosigkeit als Grundlage angenommen? Nein, sondern er hat nur angenommen, daß bei verschiedenen großer Arbeitslosigkeit und Dauer derselben nach dem Verhältnis, wie sie die Arbeitslosenzählung ergeben hat, die Sache durchführbar ist. Hierbei hat der Vorstand alle Diejenigen, die die Dauer der Arbeitslosigkeit nicht angegeben haben, und das sind 11,1 Prozent der gezählten Arbeitslosen, denjenigen zugezählt, die über 28 Tage arbeitslos sind, so daß diese zusammen statt 40 Prozent rund 51 Proz. aller Arbeitslosen ausmachen.

Nun lassen sich aber die Beispiele in der Berechnung des Vorstandes noch weiter ausdehnen. Man kann ohne Rücksicht auf das Ergebnis der amtlichen Arbeitslosenzählung die Zahl der über 4 Wochen Arbeitslosen größer annehmen und man wird immer noch auskommen.

Ob übrigens die Heranziehung der Berufs- und Gewerbe-zählung, „keinem ernsthaften Statistiker“ bekommen wird, mag dahingestellt bleiben. Thatsache ist, daß hervorragend in der Gewerkschaftsbewegung thätige Leute, die sehr ernst genommen werden müssen, dies Material ebenfalls zur Hand genommen haben, und ich bin überzeugt, daß die Mehrzahl ernsthafter Statistiker eine derartige „Beweisführung“, wie sie Dejung in Nr. 2 beliebt, kaum ernst nehmen werden, zumal da er es gestillt unterläßt, eine nur annähernd zuverlässige Gegenrechnung vorzulegen.

Ein weiterer Hinweis Dejung's bezieht sich auf die Arbeitsnachweise, die ähnlich wie bei den Gutmachern u. s. mehr gepflegt werden sollten. Er führt auch als beachtenswerth die Arbeitsnachweise der Feilenhauer an. Zweifellos sind derartige Einrichtungen gute Agitations- und auch Hindernismittel, aber nur wenn sie funktionieren und von den Mitgliedern rege in Anspruch genommen werden. Leider thun dies die Mitglieder in den seltensten Fällen auf bloßes Zureden und so sehen wir denn, daß alle Gewerkschaftsnachweise von Bedeutung genau so wie die Innungsnachweise, mit der Arbeitsvermittlung den Mitgliedern noch besondere materielle Leistungen bieten. Auch die Feilenhauer haben in ihren örtlichen Arbeitsnachweisen diese Einrichtung in den meisten Fällen beibehalten, indem sie nachtragenden zureisenden Mitgliedern noch ein Extragehen gewähren. Der in Aussicht stehende Entzug dieses Extragehens veranlaßt die Zureisenden, sich pünktlich an den Arbeitsnachweis zu wenden. Wenn wir den Arbeitsnachweis verallgemeinern wollen, werden wir gezwungen sein, auch einen

Druck auf die Mitglieder auszuüben. Bei den Reisenden bietet uns schon heute das Statut im § 5 Abs. 3 eine Handhabe, wie aber steht es mit den Verheiratheten, am Orte ansässigen Mitgliedern? Sie sind durch einen greifbaren materiellen Vortheil nicht an den Verband gefesselt, sie sind nicht durch Unterstützung bei Arbeitslosigkeit vor der größten Noth geschützt und deshalb zum Umschauen geradezu provokirt. Wolte man sie strafen, so bliebe nur der Ausschluß, womit natürlich der beabsichtigte Zweck, den Arbeitsnachweis zu heben, nicht erreicht wird.

Also gerade der beabsichtigte Ausbau der Arbeitsnachweise dikirt uns kategorisch, durch entsprechende Einrichtungen die Mitglieder an die Organisation zu fesseln.

Ebenso ist es mit der Buchthausvorlage. Was hat die Buchthausvorlage mit Arbeitslosenunterstützung zu thun? Das Buchthausgesetz soll die gewerkschaftlichen Organisationen entvölkern, soll sie den Arbeitern verleiden und sie so denselben entfremden. Der Ausbau des Unterstützungswezens will die Mitglieder an die Organisation fesseln, will die Organisation zu einem Freunde in der Noth machen und so den Entvölkerungsbestrebungen vorbeugen. Also gerade die Buchthausvorlage, mit dem was drum und dran hängt, macht es notwendig, durch entsprechende Einrichtungen einer Mitgliederflucht vorzubeugen, namentlich, wenn man erwägt, daß wir zweifellos Zeiten entgegengehen, wo eine Veröffentlichung der Streikbrecher und sonstiger Schädiger unserer Bestrebungen in der jetzigen Form nicht mehr möglich ist.

Nun sagt Dejung weiter, „daß durch das Plästerchen der Arbeitslosenunterstützung die kräftigsten Streiter in wohl-verborgte Lager verschantzt würden, anstatt in die Kampfeslinien vorzurücken.“ Den Sinn der Worte verstehe ich nicht. Soll das etwa heißen, die Arbeitslosenunterstützung verzögert den Klassenkampf und hält die Arbeiter vom wirtschaftlichen Kampf fern? Dann beweisen die Kämpfe der Gewerkschaften mit Unterstützungsvereinen das gerade Gegenteil. Haben die theilweise sehr konservativen Gewerkschaften in England durch ihr sehr ausgedehntes Unterstützungswezen ihren Kampfescharakter aufgegeben? Haben die Handschuhmacher, die Buchdrucker in Deutschland nicht Kämpfe geführt, wie wir noch keine geführt und in absehbarer Zeit keine führen können? Wo sind die Beweise dafür, daß das Menschenmaterial (wenn der Ausdruck gestattet ist) in den Unterstützungsvereinen schlechter ist als bei uns? Haben wir Ursache, die Nase über Andere zu rümpfen, wo wir nach jedem Streik Dutzende von Streikbrechern ausschließen und Dutzende der „wackeren Streiter“ wegen rückständiger Beiträge streichen müssen? So lange man sich um diese Beweisführung herum-brüht, so lange muß man sich gefallen lassen, der Phrasendrescherei bezichtigt zu werden.

Zum Schluß seiner Ausführungen rechnet es Dejung dem Vorstand übel an, daß er sich im Beitrage der dänischen Organisation geirrt und denselben auf 34 A statt 57 A angegeben hat. Kühn, wie Dejung ist, ist auch seine Schlussfolgerung. Hat der Vorstand sich da versehen, so hat auch sein ganzes „Rechenkunststück“ keinen Werth, und seine ganze Rechnung ist „eitel Blendwerk“. „Alle Achtung“ vor dieser Logik!

Warum hat aber der Vorstand den Beitrag der ausländischen Organisationen angeführt? Um die Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung darzutun? Nein! Diese Beiträge sind angeführt, um darzutun, daß unter gleichen und ähnlichen Arbeitsbedingungen lebende Kollegen in Nachbarländern 30 A und mehr bezahlen können. Dieser Nachweis wird weder durch die Künste in dem Artikel in Nr. 2 noch durch die Berichtigungen des Genossen Wald. Olsen in Nr. 51 erschüttert, sondern der Vorstand eher noch wirksam durch letzteren unterstützt! Der Vorstand sagt zu den Mitgliedern: Ihr könnt dreißig Pfennig zahlen, denn eure dänischen Kollegen zahlen 34. Wald. Olsen sagt dazu: „Nein, die dänischen Kollegen zahlen sogar 57 A!“ Was sollte nach dieser Berichtigung noch berichtigt werden? Daß die Dänen zum Mindesten ebensoviel oder gar noch mehr zahlen, darauf kommt es an und auf weiter nichts, wegen der Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung wurden die Beiträge der ausländischen Kollegen nicht angeführt. Das weiß Dejung so gut wie jeder Andere!

Nun meint Dejung noch, daß der Vorstand mit Händisch einig sei, indem sie beide der Arbeitslosenunterstützung eine bedeutende Werbekraft zumeissen. Auch das ist, wenn auch unwesentlich, nicht ganz richtig. Der Vorstand ist der Meinung, daß der Verband einer besonderen Werbekraft nicht mehr bedarf, sondern sie schon hat. 46,000 Aufnahmen im Jahre beweisen dies. Aber ein Hinderniß für die Geworbenen wollen wir in dem Ausbau des Unterstützungswezens schaffen, und als solches betrachten wir auch die Arbeitslosenunterstützung.

Ja habe hiermit des Längeren die Ausführungen Dejung's gewürdigt, allerdings werde ich dabei nach Dejung'scher Auffassung einen „alten, abgetriebenen Gaul geritten“ haben.

Zum Schluß bleibt daher für heute die Frage, was hat Dejung uns bis jetzt Neues geboten? Zur Klärung der Sache hat er nichts beigetragen. Er hat nicht bewiesen, daß die Arbeitslosenunterstützung nach den Vorschlägen des Vorstandes undurchführbar ist. Er hat nicht bewiesen, daß die Kampfesfähigkeit der Organisation unter dem Unterstützungswezen leidet. Er hat nicht bewiesen und kann auch nicht beweisen, daß unsere Organisation an Kampfesfähigkeit durch das Streikreglement eingebüßt hat. Er läßt, wie das bei Gegnern der Arbeitslosenunterstützung mehrfach geschieht, das Geipst der „inneren Herrissenheit“ aufmarschieren und sucht die Mitglieder durch Hinweis auf die nöthigen Kontrollbestimmungen in's Bockshorn zu jagen. Kurzum: gegen das „Blendwerk“ des Vorstandes ruft er „Geist und Geipst“ hervor und versucht damit den Blick der Mitglieder zu trüben. Mit solchen Mittelnchen säckert man aber keine Mämer, sondern nur Kinder und daher wird die Zukunftsmußl von der „inneren Herrissenheit“ des Verbandes eindrucklos an dem gesunden Sinn der Mitglieder verhallen, denn diese werden den Nur-Kampfesorganisatoren nicht auf ihrem Hint in's Beere folgen, sondern — fühl bis an's Herz hinan — auf den „alten abgetriebenen Gäulen“, festen Boden unter den Füßen, weiterreiten.

Stuttgart, 13. Jan. 1899. Alexander Schilde.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Änderungen in den Zentralwahlkomitees.

Wegen Annahme einer Kandidatur übernehmen an Stelle der bekanntgegebenen Vorsitzenden die nachstehend bezeichneten Kollegen den Vorsitz für das Zentralwahlkomitee der

- 3. Wahlabtheilung: Aug. Krefler, Goldarbeiter, Ehlingen, Rosenstr. 8, p.
- 7. Wahlabtheilung: Friedr. Dästerdick in Glashammer, vorb. Cramergasse 180.
- 10. Wahlabtheilung: Joh. Stieh, Nürnberg, Bahnhofstr. 57, III.
- 76. Wahlabtheilung: Hermann Saß in Kiel, Sebenberg 8.

Sodann machen wir darauf aufmerksam, daß noch eine Anzahl Protokolle der 3. ordentlichen Generalversammlung zur Verfügung stehen und hat der Vorstand beschlossen, dieselben zu einem billigen Preise an die Verwaltungsstellen abzugeben. Sobald der Betrag gleich mit der Bestellung eingekandt wird, soll das Stück mit 10 A abgegeben werden. Bei dem großen Interesse, das der Frage der Arbeitslosenunterstützung jetzt zugewendet wird, dürfte eine Kenntniß der Verhandlungen über diesen Punkt sehr zur Klärung der Sache beitragen.

Weiter machen wir darauf aufmerksam, daß das Referat des Genossen Segitz über das **Unterstützungswesen in den Gewerkschaften** in einer Broschüre im Druck erschienen ist. Der Vorstand hat beschlossen, denjenigen Verwaltungen und Bevollmächtigten, die diese Broschüre im Interesse der Klärung dieser Frage zu verbreiten wünschen, sie ev. gratis zur Verfügung zu stellen. Indem wir den Verwaltungsstellen, die sich wenig oder gar nicht mit dieser Frage beschäftigt haben und in deren Reihen noch Unklarheit herrscht, angelegentlich die Verbreitung dieser Schrift empfehlen, erwägen wir um baldige Bestellung.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

- 146851 des Klempners Peter Rippner, geb. zu Wsch am 10. Juni 1879.
- 228588 des Schlossers Gustaf Kurlin, geb. zu Waiblingen am 14. Februar 1880.
- 246396 des Klempners Paul Böhle, geb. zu Straßdorf am 16. Dezember 1879.

Ausgeschlossen werden nach § 3 Abs. 7a des Statuts: auf Antrag der Verwaltungsstelle Krefeld:

- der Dreher Mathias Michels, geb. zu Bausdorf am 26. Juli 1878, B.N. 280,127,
 - der Dreher Franz Braun, geb. zu Krefeld am 27. Oktober 1871, B.N. 280,129,
 - der Dreher Leonhard Pichartz, geb. zu Kellingshausen am 5. September 1874, B.N. 280,130,
- wegen Streikbruchs;
- auf Antrag der Verwaltungsstelle Bochum:
- der Klempner Karl Patzsch, geb. zu Hagen am 23. August 1854, B.N. 274,048,
- wegen Denunziation und Verleumdung;
- auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin:
- der Schlosser Fritz Klau, geb. zu ? ? B.N. 190,270,
- wegen Denunziation;
- auf Antrag der Verwaltungsstelle Neumarkt i. D.
- der Formner Karl Thomas, geb. zu Meissen am 17. Oktober 1875, B.N. 241,154,
- wegen Denunziation.

Sodann wird auf Antrag der allgemeinen Verwaltungsstelle in Düsseldorf der feinerzeit wegen Streikbruchs anlässlich des Klempnerstreiks bei der Firma Thiel u. Söhne in Ubedt ausgeschlossene Klempner Georg Neumann für wiederzunehmefähig erklärt.

Des Weiteren wird auf mehrfache Anfrage bekannt gegeben, daß die mit Ende des Jahres 1898 abgelassenen Mitgliedsbücher in den Händen der Eigentümer verbleiben.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Beckersstraße 160/1, zu richten und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.
Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Klempner.

Hamburg. Oeffentliche Versammlung der Klempner u. Verfüßg. am 8. Jan. Zum 1. Punkt hält Genosse Meier einen eingehenden Vortrag über das neue Handwerkergesetz. Zum 2. Punkt: Die Bildung einer Zwangsgewerkschaft für das Klempnergewerbe" erläutert der Vorsitzende die Konstitutionierung der Zwangsgewerkschaft und weist darauf hin, daß der alte Vorstand der früheren freien Zunft auch als Vorstand der Zwangsgewerkschaft gewählt ist und daß wir auf ein größeres Entgegenkommen bei der Verbesserung unserer Lage daher nicht zu hoffen brauchen. Er gibt ferner bekannt, daß spätestens im Februar der Gesellenauschuss gewählt werden muß und fordert die Kollegen auf, zu der entweder von der Zunft oder der Aufsichtsbeförde einzuberufenden Versammlung zahlreich zu erscheinen, um unsere Rechte zu wahren. Dann schilderte er einen besonders traurigen Fall des auch in unserem Gewerbe stattfindenden Konkurrenzkampfes; bei der Berechnung eines Hauses habe der eine Meister die Arbeiten zu 50.000 A veranschlagt, andere mit einem Angebot von 40-45.000 A wurden aber vollständig in den Schuttbergen gesteckt durch ein Angebot von 22.000 A, wofür die Arbeit schließlich vergeben wurde. Jedenfalls hätten wir unter dieser Schmutzkonkurrenz am meisten zu leiden. Als bezweifelt, daß in diesem Falle sich Alles aus den Arbeitern herausfinden lassen wird und meint, so ein Wischen Schmutz-

belei könnte da leicht mit vorkommen; er erklärt, daß wir an der Erhaltung eines Mittelstandes, der sich durch derartige Mittel, auf Kosten der Arbeiter, eine Verbesserung seiner Lage sichern will, kein Interesse hätten. Fragt dann an, wie sich die Versammlung dazu stellt, wenn die Zunft die Gesellenauschusswahl auf einen Wochentag während der Arbeitszeit festsetzt. Der Vorsitzende hofft, daß die Zunft uns dieses vorher bekannt geben wird, jedenfalls würden die Kollegen aber durch die Presse von Allem unterrichtet werden. Der Vorsitzende fordert noch auf, die Wahlen der Werkstellenbelegierten überall vorzunehmen, da uns dieses System sehr gute Dienste thun kann.

München. In unserer letzten Generalversammlung ergab die Neuwahl der Ortsverwaltung: J. Glatt, Benettistraße 23, Mittelbau 1 r., 1. Bevollmächtigter, M. Salzer, Oberanger 4, 1, 1. Kassier, G. Sasinger, A. Rieger, M. Weiß, Heißjoren, K. Pfahler, 2. Bevollmächtigter, J. Felber, 2. Kassier, W. Piehler, 1. Schriftführer, W. Fröhwis, 2. Schriftführer. — Die Mitgliederversammlung vom 7. Jan. beschäftigte sich nach der Entgegennahme des Berichts der Delegierten von der süddeutschen Metallarbeiter-Konferenz mit der Arbeitslosenunterstützung. Nach längerer lebhafter Debatte, in der von allen Seiten betont wurde, daß nach den gemachten Erfahrungen die Spengler am höchsten Plage stets mit der verhältnismäßig größten Zahl von arbeitslosen Kollegen zu rechnen haben, und daß auf Grund dieser Thatsache es einem wohl erscheinen möge, als ob unsere Sektion durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung in besonders günstige Verhältnisse komme und nachdem noch erwähnt wurde, daß der Vorschlag des Hauptvorstandes wohl das ungeeignetste Mittel ist, unsere Organisation zu heben, wurde mit allen gegen 2 Stimmen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung abgelehnt. Als Obmann der Werkstatt-Delegierten wurde Fr. Kleinhuber gewählt.

Metall-Arbeiter.

Bodenheim. Am 2. Januar fand eine Mitgliederversammlung der Allgem. Verwaltungsstelle statt. Kollege Schenk wurde als Kandidat zur Generalversammlung aufgestellt. Es entspann sich eine sehr lebhafte Debatte über die Arbeitslosenunterstützung, in der sich sämtliche Redner gegen obligatorische Einführung derselben aussprachen. Es würde § 2a dadurch illusorisch gemacht; gerade wo uns die Zunftausvorlage angedroht sei, ständen uns andere schwere Kämpfe bevor, und es wäre besser, wenn nicht mit derartigen unsicheren Experimenten die Zeit vergeudet würde. Gerade die tüchtigsten und bewährtesten Kräfte, die dem Verband aus Prinzip angehörten, saßen meist als die intelligentesten Arbeiter in festen Stellungen, bei einer Erhöhung der Beiträge würden viele derselben, da sie nicht im geringsten einen Vortheil hieron zu erwarten hätten, dem Verband den Rücken kehren, statt deren würden solche eintreten, die häufig arbeitslos wären und infolge dessen einen Vortheil von dem Verband erwarteten. Außerdem ständen wir auf der Höhe der wirtschaftlichen Konjunktur, wenn eine Streik, die unansprechlich ist, ausbräche, so würden, selbst wenn ein Reservefond angesammelt sei, die Mittel halb erschöpft sein, es müßten dann die Unterstüzungen herabgesetzt oder die Beiträge erhöht werden, was aber dann erst recht unmöglich wäre. Es könnte dann sogar die Existenz des Verbandes in Frage gestellt werden; in kleinen Orten sei es bei dem geringen Verdienst jetzt schon schwierig, die Beiträge aufzubringen. Ferner würde möglicherweise die Polizei, wenn ein Fund angesammelt sei und event. ein Streik ausbräche, die Kasse mit Beschlag belegen und wir hätten dann nicht einmal das Recht, da wir eine Unterstüzungs-kasse bildeten, Streikbrecher oder sogenannte "Arbeitswillige" aus dem Verband auszuschließen. Es wurde der Vorschlag gemacht, die Arbeitslosenunterstützung eventuell freiwillig einzuführen und die Kassen geordnet zu verwalten.

Bochum. In der am 1. Januar abgehaltenen außerordentlichen Versammlung referierte Kollege Dümell-Effen über die geplante Arbeitslosenunterstützung. Er führte aus, daß bereits die vor dem Sozialistengesetz bestehenden Gewerkschaften ein Hauptaugenmerk auf das Unterstüzungs-wesen gesetzt hätten. Es habe sich in den jetzigen Organisationen herausgestellt, daß gerade unter den jüngeren Leuten, die nur wegen der Heizerunterstützung dem Verbands angehören, nur ein Theil sich um ernsthafte Angelegenheiten des Verbandes kümmert, und wenn sie in die Lage kommen, sich irgendwas festzusetzen, dem Verbands den Rücken kehren. Redner wies nach, daß bei der Einführung der Arbeitslosenunterstützung sich thätlich weniger Geld auskommen läßt, wie es der Hauptvorstand in seiner Berechnung vorführt. — In der Diskussion führte Kollege Sündel aus, daß mit dem weiteren Ausbau des Unterstüzungs-wesens der Kampfscharakter der Organisation verloren ginge, und daß es nicht unsere Aufgabe sei, dem Staate eine Last abzunehmen; wir hätten vielmehr dafür zu sorgen, daß gerade der Staat eine Arbeitslosenversicherung einführe. Dieser Ausführung traten der Referent und Kollege Ebert entgegen, indem sie nachwiesen, daß bei der Einführung einer Unterstüzung durch den Staat dieselbe leicht zum Schaden der Arbeiter ausschlagen könnte, da ja dann auch vom Staat ein Arbeitsnachweis eingeführt werden müsse und dieser dann bei Streiks die Arbeitslosen an diese Stelle dirigieren könne; wer dann die ihm zugewiesene Arbeit nicht annehme, gelte der Unterstüzung verlustig. Es wurde folgende Resolution gefasst: 4 Stimmen angenommen: Die heutige Mitglieder-versammlung der Verwaltungsstelle Bochum erklärt sich für Einführung der Arbeitslosenunterstützung auf Grund des Vorstands-antrages, weil dadurch eine stabilere Mitgliederzahl geschaffen wird. Sie erkennt ferner in diesem Unterstüzungs-wesen einen bedeutenden Förderer der gewerkschaftlichen Organisation, der kräftigsten geeignet ist, den Klassen- und Kampfscharakter der Organisation zu vertiefen. Kollege Ebert wurde als Kandidat vorgeschlagen. Die Delegiertenwahl soll am 5. Februar, Nachmittags 4 Uhr, stattfinden.

Breslau. Die am 8. Januar abgehaltene Mitglieder-versammlung hatte sich eines außerordentlich zahlreichem Besuchs zu erfreuen. Nach dem Bericht über die Kampfergebnisse hielt Albrecht einen Vortrag über die Arbeitslosenunterstützung. Er stellte fest, daß gerade die Gewerkschaften, die die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, ihre Mitgliederzahl bedeutend erhöhten. Harz, Schütz und Hjel sprachen ebenfalls eingehend über diese Frage. Die Versammlung erklärte sich für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Als Kan-

didaten zur Generalversammlung wurden Harz, Schütz und Hjel aufgestellt.

Chemnitz. Eine gut besuchte Versammlung der Mitglieder des D. M.-V. fand am 5. Januar hier statt. Kollege C. Niemann bemerkte zum 1. Punkt: Wenn Segitz in Braunschweig erklärt habe: "Behnen Sie auch heute die Arbeitslosenunterstützung ab, sie wird wiederkommen", so ständen wir heute vor derselben Frage. Wäre das Ausnahme-gesetz nicht gekommen, wir hätten die Arbeitslosen-Unterstützung schon längst. Wir werden eine Kampforganisation bleiben, auch wenn die Arbeitslosenunterstützung eingeführt ist, es wird keine Verimpelung eintreten. In der Diskussion sprach sich K. dahin aus, daß die geplante Erhöhung der Steuer um 10 A von den Kollegen der ärmeren Bezirke nicht getragen werden könne und bedeute dies eine Zurücksetzung derselben. B. wünscht stufenmäßige Einrichtung, dadurch würden die Kollegen mehr an den Verband gefesselt. Krause betont demgegenüber, daß man überhaupt bei Inkrafttreten des Verbandes mit zu geringen Beiträgen angefangen und so fortgesetzt zu einer Erhöhung greifen müsse. Bei Streiks überkomme einem eine förmliche Angst, wenn man sehe, wie die Leute nach einigen Tagen wieder in die Arbeitsstelle laufen. Wisse das Mitglied, daß es etwas erhalte, so werde es nicht zum Streikbrecher werden und der Organisation treu bleiben. Weber und Str. traten gleichfalls für Einführung der Arbeitslosenunterstützung ein, noch mehrere Andere sprachen sich in gleichem Sinne aus. Zuchschwert wünscht keine stufenmäßige Einrichtung, weil dadurch die bestgestellten Mitglieder gewissermaßen ein Vorrecht hätten gegenüber denen, die einen höheren Beitrag nicht zahlen. Es wird beschlossen, 6 Kandidaten aufzustellen. Die Abstimmung ergibt, daß von 14 Vorgeschlagenen Krause 218, Zuchschwert 189, C. Niemann 159, Nickel 153, Weber 130, Wagner 92 Stimmen erhielten; diese werden dem Vorstand in Vorschlag gebracht. Nachdem die Resolution: "Die heute im Schützenhaus tagende Metallarbeiter-Versammlung begrüßt den Antrag des Vorstandes des D. M.-V. auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Die Versammlung erwartet von der Generalversammlung in Halle, daß sie diesen Antrag vorurtheilsfrei prüft und ev. für die Verwirklichung desselben eintritt", — gegen 3 Stimmen angenommen und die Ertheilung eines gebundenen Mandates einstimmig abgelehnt war, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Eisenach. In letzter Zeit haben sich mehrere Kollegen an uns gewendet, um Auskunft über die hiesige Fahrradfabrik zu erhalten. Wir können den Kollegen nur Vorzicht empfehlen, ehe sie sich hier niederlassen. Die von uns vorausgesetzten Abzüge in der Fahrradabtheilung haben stattgefunden bei sämtlichen Theilen, bei einzelnen ganz enorm. Jetzt wird wieder bis Abends 9 Uhr gearbeitet. Kollegen, die anderswo mehr verdienen, kehren, wenn ihnen der niedrige Akkordlohn geboren wird, der Fahrradfabrik den Rücken. Die keiner Organisation Angehörigen lassen sich freilich Alles gefallen und das Ende vom Liede ist, daß die bekannten Eisenacher Löhne gezahlt werden, nämlich 18 bis 24 A. Die Unternehmer hier waren bei Eröffnung der Fahrradfabrik außer sich, weil sie ihren Arbeitern etwas mehr geben mußten. Sollten in der Fahrradfabrik weitere Lohnreduzierungen stattfinden, so werden die Löhne in ganz Eisenach fallen. Und Eisenach ist eine theure Stadt, hier wohnen wir ja in einer Residenzstadt, in der jährlich viele Tausende Fremde, Kurgäste herum bunneln, wodurch die Lebensmittel u. s. w. theuer werden. Statt daß sich aber die Kollegen dem D. M.-V. anschließen, treten sie in die seit Bestehen der Fahrradfabrik wie Pilze aus der Erde geschossenen Vergnügungsvereine. Ein solcher Verein hat es fertig gebracht, uns in den letzten Tagen den Saal zu unserem Sitzungsort abzutreiben. — Die Verbandskollegen eruchen wir, die Versammlung besser zu besuchen, damit sie über die Zustände am Orte aufgeklärt werden.

Hensburg. In der am 21. Dezember abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde nach einem Referat von Jakob die Einführung der Arbeitslosenunterstützung einstimmig begutachtet.

Grünberg i. Schl. In der Versammlung am 26. Dezember wurden in die Ortsverwaltung gewählt: M. Köstel als Bevollmächtigter, Laufsgerstr. 38, Max Jablonski als Kassier, Grünstr. 38, Gruschinski, Kupke, Artelt als Revisoren, Weisphal als Schriftführer. Die Bibliothek befindet sich bei Schöpe, Ziegelberg 7. — Die Kollegen eruchen wir um fleißigen Besuch der Versammlungen. Der nächste Zahlabend findet am Montag, den 30. Januar, Abends halb 9 Uhr, in der "Sonne" statt. Mache es sich Jeder zur Pflicht, wenigstens ein neues Mitglied im Jahre dem D. M.-V. zuzuführen.

Grillighaus. In der letzten Versammlung wurden in die Ortsverwaltung gewählt: als Bevollmächtigter Arn. Dörnenburg, Hauptstr. 21, als Kassier Gottfried Romm, Thalfstr. 1, als Revisoren Joh. Feldmann, Jul. Spieker, Peter Dehl; als Kartellvertreter Ernst Hochstein und Jul. Spieker.

Kosheim. In der letzten Versammlung ist Kollege Hermann Grafweg als Delegirter für die 27. Wahlabtheilung in Vorschlag gebracht worden. Derselbe tritt für Arbeitslosenunterstützung ein.

Leipzig. Bezug von Metallbrütern zu Gries & Co. ist zu vermeiden.

Lauenburg (Elbe). In der ersten diesjährigen Versammlung waren von 22 Mitgliedern 13 anwesend. Als Bevollmächtigter wurde Rothwerder, als Kassier Lang wiedergewählt, als Revisoren Ludwig, Böttcher und Kretschmann. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und Erhöhung der Beiträge auf 30 A führte zu einer Diskussion. Von der Nothwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung waren alle Mitglieder überzeugt, dagegen war die Meinung über die Beitragshöhe verschieden. Jedoch ergab die geheime Abstimmung eine Erhöhung für 10 A. — Es wurde noch beschlossen, daß die Versammlungen im laufenden Jahr jeden zweiten Sonntagabend im Monat, Abends halb 9 Uhr, in Biermanns Lokal stattfinden.

Leipzig-West. Am 8. Januar fand eine Versammlung der Einzelmitglieder des D. M.-V. in der Gesellschaftshalle zu Lindenau statt. Kollege Scheib spricht sein Bedauern über den schwachen Besuch aus. Ferner vertritt Scheib den Standpunkt, daß die Arbeitslosenunterstützung nicht eingeführt werden sollte aus folgenden Gründen, denn wenn auch im

ersten Jahre mit 30 A Steuern auszukommen wäre, so würde bestimmt im zweiten Jahre eine Beitragserhöhung kommen, des Weiteren nehmen wir den Staat ein Stück Arbeit ab und würden auch die Krenztruppen unserer Organisation schwächen. Böhle ist für die Arbeitslosenunterstützung, ebenso Kollege Krüger. Engel spricht sich dahin aus, man sollte Niemanden mit gebundenen Mandat auf die Generalversammlung schicken. Nachdem wurden zwei Anträge an die Generalversammlung, betr. technische Beilage zur „M.-A.-Ztg.“ und Anstellung von Ortsbeamten, einstimmig angenommen. Als Delegierte zur Generalversammlung wurden vorgeschlagen: Joh. Scheib, Aug. Böhle, Max Engel, Karl Krüger.

Riegeln. Berichtung. In Nr. 53 der „D. Met.-Arb.-Ztg.“ ist ein Irrthum entstanden, es darf nicht heißen „... beweisen die Ausdrücke des Herrn Rieger: „Wenn Ihr nicht gleich macht, daß Ihr wegkommt, gibt's verfl...““ sondern die Aeußerung ist von einem Meister der betr. Fabrik gefallen.

Mühlheim a. d. Ruhr. In der am 2. Januar abgehaltenen Versammlung wurde Karl Kurth, Regentenstr. 18, als 1., Heuser als 2. Bevollmächtigter, Heint. Bauer, Windmühlentstr. 59, als 1., Steinfeld als 2. Kassirer, Wulfer als Schriftführer, Breusch als 1. und Kromm als 2. Bibliothekar gewählt. Die Versammlungen finden jetzt Dinstags statt.

Quedlinburg. In den letzten drei Versammlungen beschäftigten wir uns hauptsächlich mit der Arbeitslosenunterstützung. Die ersten beiden waren ziemlich gut besucht. In der am 3. Dezember stattgefundenen ließen wir uns von Kollege Schweinefuß als Referent und von Kollege Trautwein als Korreferent Vortrag über die Arbeitslosenunterstützung halten. Bei der Abstimmung war die Versammlung fast geschlossen gegen die Arbeitslosenunterstützung. In der Versammlung am 7. Januar wurde über die Konferenz in Aischersleben durch unsere Delegierten Bericht erstattet. Dabei wurden die Handlungen des Vorstandes als einseitig bezeichnet, denn wenn vom Vorstand ein Befürworter benannt ist, die Konferenzen zu besuchen, so müßte, um den Gegnern der Arbeitslosenunterstützung gerecht zu werden, auch ein Gegner beantragt werden, die Konferenzen zu besuchen. Dann wurde noch das Auftreten des Kollegen Näher auf der Aischerslebener Konferenz als ungerecht bezeichnet, über das die Versammlung ihr Bedauern kundgab. Kollege Trautwein wurde als Delegirter zur Generalversammlung aufgestellt. Delegirtenwahl am 4. Februar.

Rathenow. Nachdem wir in Nr. 49 vor. Jg. die traurigen Zustände der Maschinenfabrik von Fr. Richter & Co. kritisiert haben, wollen wir uns heute mit den Umständen in der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik von Schmidt befassen. Diese beschäftigt 57 Personen inkl. 15 Lehrlinge. Die Arbeitszeit beträgt 10 1/2 Stunden. Die Lohnverhältnisse sind folgende: Es verdienen pro Stunde 2 Schlosser 22 bis 24 A, 6 25-27 A, 4 Dreher 25 A, 2 Schneide 30 A, 2 Stellenmacher 26 A, 2 Monteur 36 A, 6 Formner 25 bis 30 A, 8 Hilfsarbeiter 22 A, 4 25-27 A. Die Lehrlinge verdienen pro Woche 3-6 M. Die sanitären Zustände lassen viel zu wünschen übrig, Ventilation ist nicht vorhanden, Waschvorrichtungen und Umkleieräume fehlen ebenfalls. Auch die Beleuchtung (Petroleumlampen) ist sehr mangelhaft. Die technischen Einrichtungen der Fabrik, namentlich in der Formerei, sind sehr mangelhaft. Auch die Lehrlingsausbildung blüht hier am Plage. Zählt man die Arbeiter der Gewerbe, die diese 15 Lehrlinge erlernen wollen, zusammen, so kommen auf 3 Arbeiter 2 Lehrlinge. Ferner wird seitens unserer Verbandskollegen darüber geklagt, daß die Anhänger des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins eine ganz freie Agitation unter ihren Nebenarbeitern entfalten können, während unsere Kollegen sich nichts merken lassen dürfen, da beide Meister Gewerbevereiner sind. Im Winter 1894-95 brachte man es sogar fertig, unseren Bevollmächtigten zu entlassen und unserem Kassier 6 Wochen Urlaub zu geben, angeblich wegen „Mangel an Arbeit“. Von den 42 dort beschäftigten Arbeitern gehören 7 dem D. M.-V. und 10 dem Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein an, während die übrigen nicht organisiert sind. Wir ersuchen nun alle nichtorganisirten Arbeiter beider Fabriken hierdurch nochmals, sich dem D. M.-V. anzuschließen, um diesen Uebelständen entgegenzutreten. Denn so lange sich die Arbeiter nicht organisieren, müssen sie mit Dem vorlieb nehmen, was man ihnen bietet.

Rathenow. In Sachen der Firma Henne, über die wir in Nr. 53 v. Jg. berichteten, wollen wir noch mittheilen, daß am 21. Dezember ein Säbnertermin vor dem Gewerbegericht stattgefunden hat. Die Kollegen klagten auf folgenden Schadenersatz: R. auf 1 tägigen Lohn im Betrage von 32 A, S. ebenfalls auf 14 Tage im Betrage von 26 A, G. und E. auf den ortsüblichen Tagelohn für 8 Tage je A 9,60. Der Bürgermeister bot Alles auf, um einen gütlichen Ausgang zu ermöglichen, jedoch die Kollegen beharrten auf ihrer Forderung und so mußte ein Termin auf den 28. Dezember mit Beisitzern angesetzt werden. Da machte Henne geltend, er habe es nicht besser gewußt, er habe geglaubt, er sei in seinem Rechte, und übrigens fände er sein Geld ja auch nicht auf der Straße. Bei den ersten beiden Kollegen hatte er aber kein Glück, sie hielten Stand, sie wollten das Urtheil abwarten, aber es sollte anders kommen. S. hatte wohl eingesehen, daß er im Unrecht ist und hinterlegte daher die verlangte Summe auf dem Gewerbegericht. Und der Beamte erklärte: „Sehen Sie, das haben Sie mir zu verdanken, ich habe dafür gesorgt, daß Sie Ihr Geld bekommen.“ Bei der Auszahlung des Geldes erklärte er, Henne wolle mit dem Gewerbegericht nichts zu thun haben. Von den ersten beiden Kollegen erhielt der Eine 32, der Andere 26 M., die beiden anderen den ortsüblichen Tagelohn abzüglich des Montagszugewinns, so daß Henne im Ganzen 74 M. zu zahlen hatte. Vielleicht ist das für ihn eine Lehre.

Zuhl. Am 8. Januar hatten sich die hiesigen Mitglieder des D. M.-V. zum ersten Male zu einer Mitgliederversammlung zusammengefunden. Wenn nun diese auch etwas schwach besucht war, so ist doch Hoffnung vorhanden, daß endlich regeres Leben die Mitglieder besetzt, wie sich das auch während der Besprechung bemerkbar machte. Es wurde der Beschluß gefaßt, regelmäßige Zusammenkünfte zu arrangieren. Hoffentlich findet immer eine zahlreiche Theilnahme statt. Bezüglich der späteren Zusammenkünfte bitten wir die Mitglieder auf die Anzeigen der „Met.-Ztg.“ zu achten.

Wustedel. Da unsere Versammlung am 2. Januar nur von 9 Mann besucht war, so sehen wir uns veranlaßt,

die Kollegen an ihre Pflichten zu erinnern. Wir ersuchen unsere Kollegen, etwa vorkommende Hezereien uns mitzutheilen, damit wir der betreffenden Person den Mund stopfen können. Wir machen darauf aufmerksam, daß eine Person (den Namen wollen wir einseitigen verschweigen) allem Anschein nach wieder in ihr altes verwerfliches Treiben verfällt, die Kollegen beim Fabrikanten zu verleumden. — In Medwitz scheinen die Kollegen zu schlafen. Wir waren schon mehrmals dort, aber von den Metallarbeitern ließ sich keiner blicken. Es scheint, sie sind mit dem Verdienst von 12 und 14 A für jüngere und 28-30 A für ältere (letzte aber in Ausnahmefällen) sehr zufrieden, so daß sie nicht nötig zu haben glauben, sich einer Organisation anzuschließen. Der Herr Rodtbroh scheint den Medwitzer Kollegen bei der letzten Reichstagswahl eine schöne Rede über den Umsturz gehalten zu haben, daß sie nicht wagen, dem Verbannte beizutreten. Sie sollen damals auch tüchtig Bravo gerufen haben. Wir aber wünschen, daß im ganzen Fichtelgebirge der Ruf zur Organisation erschalle, damit sich die Arbeiter bessere Lebensbedingungen verschaffen können.

Zinnzieher.

Nürnberg. Den auswärtigen Kollegen zur Kenntniß, daß die Geschäftsverhältnisse hier eine schlechte und genügend Arbeitskräfte am Orte sind. Die Kollegen wollen also Nürnberg so viel wie möglich fern bleiben, damit wir nicht zu starkem Bezug bekommen. Durch den Konkurs einer hiesigen Firma sind 6 Kollegen aufs Pflaster gesetzt worden, und eine zweite Firma ist daran, wider den Willen ihrer Arbeiter Konkurs einzuführen, was jedenfalls weitere Folgen haben wird. Im Uebrigen ist in verschiedenen Werkstätten verkürzte Arbeitszeit und Aussetzen an der Tagesordnung. Wir empfehlen, unsern Arbeitsnachweis zu benutzen, da Umschauen in den Werkstätten strengstens verboten ist. Denselben führt Kollege Dejer, Mittags von 12-1 Uhr im Verkehrslokal Ritteraal, Kühnertstraße, Abends von 6-7 Uhr Schweiggerstr. 17, III.

Feilenhauer.

Erfurt. Ueber die Werkstatt von Falkenberg ist die Sperre verhängt wegen Maßregelung eines Kollegen.
Niesa. Die organisirten Feilenhauer von Niesa machen hiermit bekannt, daß das Umschauen streng verboten ist. Das Geschenk für Organisirte 75 A, für Nichtorganisirte 25 A, geht durch Umschauen verlustig. Zahlstelle ist bei Robert Schreiber, Niesa, Wettinerstr. 9, Zigarrengeschäft.

Quittung.

Wir quittieren hiermit über die Unterstützungsgelder für die Frauen und Kinder unserer hinter Schloß und Miegel stehenden Kollegen; es gingen ein:

15. Oktober von den Berliner Kollegen	M 200,—
20. " " Wwe. Schneider	" 3,—
31. " " Forst (Rauß)	" 21,50
	424,50
12. November von Berlin	M 200,—
26. " " "	" 200,—
22. " " " "	" 9,35
	409,39
Dezember von Neugersdorf	M 60,—
" " unserem Stiftungsfest	" 106,—
" am Diertisch gesammelt	" 1,60
	167,60
	Summa 1001,49

Otto Fahrman, Bevollm. in Torgelow, Breitestr.

Kassenbericht

des Vertrauensmannes für den Agitationsbezirk Provinz Sachsen und Anhalt.

Einnahme:	
Von Aischersleben	2 x 3 = 6,—
" Bernburg	3 x 3 = 9,—
" Burg	5, 2,58 = 7,58
" Dessau	9,54
" Halle a. S.	15,—
" Hocklau a. Elbe	4,40, 3,15 = 7,55
" Schönebeck a. E.	4,14, 1,65 = 5,79
" Staßfurt	15, 5, 5, 3 = 28,—
" Magdeburg und Vororte	207,24
	Gesamteinnahme 295,70
Ausgabe:	
Für Inserate	13,50
" Porto	14,50
" Schreibmaterial	4,10
" Referate	119,50
" Sonstige Agitation	42,50
	Gesamtausgabe 197,40
Bilance.	
Gesamteinnahme für 1898:	295 M 70 A
Gesamtausgabe für 1898:	197 M 40 A
Kassenbestand am 25. Dez. 1898:	98 M 30 A
Magdeburg, im Dezember 1898.	
Otto Woff, Vertrauensmann.	
Revisoren: Karl Gieseler, Herrn. Gieseler, Wilh. Großkopf, August Schaffner, Rudolf Röhr.	

Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes ist noch immer ungewöhnlich günstig. Trotz einiger beängstigender Momente, wie des hohen Geldfußes, der Verminderung der dänischen Geschäftswelt Deutschland gegenüber, wächst der Verkehr und hält sich der Inlandsverbrauch noch auf voller Höhe. Im Kohlenbergbau wie im Gütenwesen und in der Eisenindustrie nimmt, wie in der Berliner Monatschrift „Der Arbeitsmarkt“ näher ausgeführt wird, die Zahl der beschäftigten Arbeiter stets stattlich zu, ja die Aufträge gehen in einem Maße ein, daß Ueberwachungsarbeiten in einer ungewöhnlich starken Anzahl von Werken an der Tagesordnung sind. Der allgemeine günstige Eindruck wird auch nicht dadurch gestört, daß die Textilarbeiter ungenügend oder auch gar nicht beschäftigt sind. Namentlich der kolossale Verkehr zu den Weihnachtstagen hat das günstige Gepräge des Arbeitsmarktes

gegen das Vorjahr noch schärfer hervortreten lassen. Auch die Bauarbeiter sind bei der milden Witterung zu einem großen Theil beschäftigt. Ähnliche Rückschlüsse gestatten die Mitgliederbestände der Krankenkassen, welche nach dem Stande vom 1. Januar zum ersten Mal in der genannten Zeitschrift veröffentlicht werden. Nach den Ergebnissen der Arbeitsnachweisverwaltungen bewarben sich im Dezember um 100 offene Stellen 137,0 Arbeitssuchende gegen 153,3 im gleichen Monat des Vorjahres. Von 55 vergleichbaren Berichten weisen im Vergleich zum Vorjahre 34 (+ 1 ausländischer) eine Abnahme und 18 (+ 2 ausländische) eine Zunahme des Andranges von Arbeitssuchenden auf.

Abnahme: Bosen, Frankfurt a. O., Kiel, Halle a. S., Quedlinburg, Erfurt, Gera-M., Hannover, Osnabrück, Bielefeld, Dortmund, Köln a. Rh., M.-Glabbach, Wachen, Kreuznach, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Mainz, Darmstadt, Worms, Kallerslautern, Heidelberg, Freiburg i. B., Schopfheim, Offenburg, Mannheim, Cannstatt, Ludwigsburg, Schw. Hall, Heilbronn, Ulm, Würzburg, Augsburg, München. — (Graz.)
Zunahme: Breslau, Berlin, Münster, Eisen, Ebersfeld, Düsseldorf, Trier, Gießen, Straßburg i. El., Bahr, Karlsruhe, Konstanz, Pforzheim, Stuttgart, Sölingen, Reutlingen, Fürth, Nürnberg. — (Brinn, Bern.)

Unternehmer-Terrorismus. Die Allgemeine Aethylen-Gesellschaft Prometheus, Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Leipzig, hat in ihrer vom Rath der Stadt Leipzig geprüften und für zulässig befundenen Arbeitsordnung unter § 10 folgende Bestimmung: Außer den gesetzlich vorgeschriebenen Entlassungsgründen ist für uns noch Grund zur sofortigen Entlassung: Die Mitgliedschaft beim Metallarbeiterverbande und die Bewohnung einer Versammlung desselben. Diese Arbeitsordnung ist am 27. Oktober 1898 vom Leipziger Stadtrath geprüft und für zulässig befunden worden und mit dem 1. November 1898 in Kraft getreten. Wohl selten wird dem Arbeiter gefällig gewährleistet Koalitionsrecht so ungeniert Hohn gesprochen, wie es hier geschieht. Bei Strafe des Verhängens wird dem Arbeiter verboten, sein ihm zustehendes Recht, sich mit seinesgleichen zu vereinigen, zu gebrauchen. Daß ein derartiges Beginnen die hohe obrigkeitliche Genehmigung erhält, ist bezeichnend für die politische Atmosphäre, in der wir uns befinden. Die staatlichen Betriebe unter den verschiedenen Tirpichen haben mit diesem System den Anfang gemacht und die Privatkapitalisten haben sie als Muster anerkannt. Und was man dem Staat als Unternehmer zubilligt, kann doch dem Privatkapital unmöglich verweigert werden.

Die Frankfurter Zeitung bemerkt zu dieser Angelegenheit:

„Wir sind überzeugt, daß die öffentliche Meinung, so weit sie durch die Presse jenseits der demokratischen Grenzlinie repräsentirt ist, darüber sich nicht aufregen oder wohl gar keine Notiz davon nehmen wird. Nun stelle man sich aber einmal denselben Fall in umgekehrtem Sinne vor. Nehmen wir an, alle hier etwa in Betracht kommenden Arbeiter seien organisiert und würden beschließen: „Außer... ist für uns noch Grund zur sofortigen Arbeitsniederlegung: Die Mitgliedschaft der Gesellschaft Prometheus bei einem Unternehmerverbande und die Bewohnung einer Versammlung desselben.“ Welch ein Geschrei gäbe es da! Wie würde man nach einer doppelt und dreifach verschärften „Zuchthausvorlage“ rufen! Und doch wäre dieser Fall im Wesen ganz dasselbe, wie jener, an der die Konservativen so gewiß Geschmack finden werden. Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe!“

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Köln a. Rh. wurden die Kandidaten der freien Gewerkschaften mit 8200 Stimmen gegen etwa 4700 Stimmen, die auf die christlichen und Hirsch-Dunderschen Mischmasch-Kandidaten entfielen, gewählt. Das Mehr der freien Gewerkschaften gegen die letzten Wahlen ist 3500 Stimmen. Nach der Wahl im Jahre 1896, wo es den Gegnern gelang, sechs Arbeiterbeisitzerstellen zu erringen, hieß es bei ihnen: „Nun noch einen Ruck — und die Sozialdemokraten sind heraus aus dem Gewerbegericht!“ Der Ruck ist am 10. Januar erfolgt, aber mit anderer Wirkung, als die Gegner gehofft haben: der christlich-soziale Mischmasch liegt platt am Boden!

In Krefeld stehen seit 16. Januar ca. 2000 Sammetweber im Ausstand. Die neue Lohnliste der Fabrikanten konnte von den Arbeitern nicht akzeptirt werden. Als schwerwiegend kommt in Betracht, daß durch die Aussperrung der 2000 Weber innerhalb vier bis fünf Wochen 7000 bis 8000 Familien durch den Streik in Mitleidenschaft gezogen werden, nur weil es der Handvoll Fabrikanten einmal gefällt, eine Machtprobe zu versuchen. Der Kenner der Krefelder Verhältnisse schreibt am Schluß seines Artikels im „Vorwärts“:

„Die Niedrigkeit des Durchschnittseinkommens (M 18,70), das nun noch durch Fabrikantenprofitucht gekürzt werden soll, hat selbst die Lammsfronnten unter den katholischen Arbeitern zum Anschluß an den Streik getrieben.“

Schreiber dieser Zeilen hat schon manchem Streik beigewohnt, aber er muß gestehen, noch niemals zugleich so viel Erörterung gegen die Fabrikanten und so viel Ruhe und Besonnenheit bei den Verhandlungen angetroffen zu haben, wie bei dem Streik der Krefelder.

Diese Arbeiter wissen allerdings auch, was für sie auf dem Spiele steht; vor allen Dingen handelt es sich um ihre Organisation, die den Fabrikanten verhaßt ist.

Und darum sind es die Krefelder Weber werth, so lange der Streik dauert, von den deutschen Arbeitern materal und moralisch unterstützt zu werden.

Die Arbeiter sind in den Streik gejagt worden von den Fabrikanten. Sie sind bereit, mit den Fabrikanten gemeinschaftlich eine Lohnliste auszuarbeiten. Wäre den Fabrikanten daran gelegen, den Frieden wieder herzustellen, dann ließe sich eine Verständigung wohl herbeiführen.“

Die Ausständigen forderten das Eingreifen des Gewerbegerichts als Einigungsamt; die Fabrikanten lehnten dies ab!

Ein Urtheil, das für Formner von Bedeutung ist, wurde dieser Tage von der Kammer V des Berliner Gewerbegerichts gefällt. Die bei der Firma Grunauer beschäftigten Formner J. und K. hatten ein Gehäuse, das an Arbeitslohn 64 M ausmachte, als Ausschuß gegossen, worauf die Firma die Bezahlung der Arbeit mit der Forderung ablehnte, die Arbeiter müßten vor dem Gewerbegericht klagbar

werden. In der Zeitgenossenrechnung, die das Gewerbegericht auf Antrag der beiden Formier vornahm, setzte der Zeuge Formier die Umstände auseinander, unter denen die Arbeit zum Ausschuss geworden war. Die Kläger seien gezwungen gewesen, das in Betracht kommende Stück, welches nur 39 Zentner wog, mit einer 100 Zentner haltenden Gießpfanne zu gießen; außerdem wäre die Pfanne derartig verschliffen gewesen, daß es den Formieren nicht möglich gewesen sei, den Eintritt von Schlacke in das Gußstück zu verhindern. Die als Vertreter der Firma erschienenen Herren Georg Grunauer und Formiermeister Venus machten dem gegenüber geltend, daß die Formier unter solchen Umständen die Pflicht gehabt hätten, den Guß zu verweigern und das Eisen zurückzuweisen. Der Chef der Firma, Herr Georg Grunauer, erklärte in der Verhandlung noch, daß ihm weniger daran liege, den Klägern die 64 M Lohn vorzuenthalten; ihm komme es hauptsächlich darauf an, im Interesse des Verbandes der Berliner Metallindustriellen einmal vom Gewerbegericht beurtheilt zu lassen, ob der Unternehmer verpflichtet wäre, für solchen Guß, der nachweislich ohne Schuld des Formiers zu Ausschuss geworden sei, den Arbeitslohn zu zahlen. Aus diesem Grunde könne er sich auch nicht auf einen Vergleich mit den Formieren einlassen, wie er andererseits auch nicht die Absicht habe, die Kläger wegen des Prozesses zu maßregeln. (Wie gewöhnlich) Das Gewerbegericht verurtheilte die Firma, den Klägern die für den Ausschuss verlangten 64 M zu zahlen.

In England tritt am 24. Januar in Manchester eine Konferenz von Delegirten der Gewerbevereine zusammen, um die Grundzüge einer engeren Verbindung der Gewerbevereine zu besprechen. Diese Frage ist zur Zeit deshalb von besonderer Bedeutung, weil nach der "Railway Review" zur Stunde ein Verband sämtlicher Industrieller Englands vorhanden ist, der die Vernichtung der Gewerbevereine plant. Das genannte Blatt führt die Anfänge dieses Industriellen-Verbandes auf den Zustand der Maschinenbauer zurück. Bei Beginn dieses Streiks waren 15 Firmen am Zuge verbündet, am Ende der Krisis waren 201 Firmen im Land, der am 3. Okt. v. Js. seine große Versammlung in der "Co-operative" abhielt. Der Verein zum Schutze der "Freiarbeiter" (Streikbrecher) war ebenfalls vertreten. Es wurde zunächst ein parlamentarischer Ausschuss ernannt, der die Ueberwindung der Regierung und ihrer sozialistischen Gesetzesvorlagen zum Zwecke habe.

Dieser Ausschuss soll nun, laut der "Railway Review", bloß eine Finte sein und das Publikum auf eine falsche Fährte ablenken, während im Stillen die Vorbereitungen zu einem entscheidenden Kampfe mit den Trades Unions weiter gehen. Ist das geschehen, so beabsichtigt man die dem Verband noch fernstehenden Industriellen zum Beitritt zu zwingen. Die Keilspitzschmiede und die Bauarbeiter sollen die ersten Opfer des Verbandes der Großindustriellen sein. Man will nur noch die Beihilfe der Manchester Konferenz abwarten; geht diese Konferenz ergebnislos auseinander, so soll der Tanz bei der ersten Gelegenheit losgehen. Schon am 24. November soll, nach dem genannten Blatt ein mit Herstellung von Kriegsmaterial beschäftigter Industrieller 700,000 M in die Kriegskasse des Verbandes gezahlt haben.

Auch die geheimen Statuten des Verbandes werden mitgetheilt, wonach ein Ausschuss des Verbandes im Falle eines industriellen Streikes alle Unterhandlungen führt, so daß den Einzelgeschäften das Recht genommen wird, Frieden zu schließen. Den von einem Ausschuss herangezogenen Industriellen soll der durchschnittliche Gewinn ihrer Geschäfte aus der Kriegskasse ausgezahlt werden, so lange der Streik dauert. Unwahrscheinlich ist eine solche Vereinbarung auf dieser Grundlage nicht; denn im großen Ausmaß der Maschinenbauer ist den schwachen Werkstätten von den reichen Geschäften Geldunterstützung gezahlt worden. Daß dieser Krieg, den das Kapital gegen die Trades Union erklären will, zu deren Vertilgung führen wird, möchte man jedoch bezweifeln.

In Stockholm befinden sich die Arbeiter der Messingfabrik Aktiengesellschaft A. Bröjes im Streik. Es wird gebeten, den Bezug fernzuhalten.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

- Aachen.** Samstag, 21. Jan. Kassenbericht. Berichtserstattung von der Konferenz.
- Ahlen i. Westf.** Samstag, 21. Jan., bei Schläfer. Delegirtenwahl. Jahresabschluss.
- Altona.** Montag, 23. Jan., Abends halb 9 Uhr, bei Christianen, Blumenstr. 41.
- Barmen.** Samstag, 23. Jan., Abends halb 9 Uhr, bei Herrn Carl Hübn, Fischerhalestr. 19. Stellung zur Konjunktionsgenossenschaft.
- Berlin.** Vertrauensmännerversammlungen: Für den Osten am Sonnabend, 29. Januar, bei Widemann, Friedenstr. 67. Für Charlottenburg am Sonnabend, 29. Jan., bei Pajoh, Potsdamerstr. 44.
- Berlin.** Sonntag, 5. Febr., Vorm. 10 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain, außerordentliche Generalversammlung. Spezialberatung der Arbeitslosenunterstützung. Wahl der Delegirten.
- Bremmerhagen.** Sonnabend, 28. Januar.
- Caanhait.** (Sektion der Schmiede u. d. S.) Samstag, 21. Jan., Abends 8 Uhr, im Wägen. Bericht vom Gewerkschaftsstatut. Vortrag vom Kollege Sämann über Arbeitslosenunterstützung. Delegirtenwahl zur Generalversammlung. Abrechnung vom 4. Quartal. Vertheilung der übrig gebliebenen Gewinne von der Weihnachtfeier.
- Colbitz.** Sonnabend, 21. Jan., bei West. Delegirtenwahl. Neuwahl der Ortsverwaltung.
- Delitzsch.** Sonntag, 22. Jan., Nachm. 4 Uhr, bei G. Löbe, Grünstraße. Wahl eines Delegirten.
- Halle i. S.** (Metallarbeiter-Veren.) Sonnabend, 29. Jan., Abends halb 9 Uhr, Generalversammlung auf der "Kalkbrennerei".
- Hildesheim.** (Allgemeine.) Samstag, 21. Jan., Abds. halb 9 Uhr, bei Freier, Leopoldstr. 34. Abrechnung vom

- 4. Quartal. Jahresbericht. Bericht der Delegirten von der Konferenz in Welfert.
- Hamburg.** Sonnabend, 28. Jan. Delegirtenwahl.
- Frankfurt a. M.** (Allgem.) Samstag, 21. Jan., Abds. halb 9 Uhr, im "Erlanger Hof", Borngasse 11, 1. Anträge zur Generalversammlung. Bericht der Delegirten von der Konferenz in Mainz. Nominierung der Kandidaten zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse.
- Friburg i. S.** (Allg.) Samstag, 21. Jan., Abds. 8 Uhr, bei Schwante. Delegirtenwahl zur Generalversammlung. Berichterstattung von der Konferenz.
- Götha.** Sonntag, 22. Jan., Nachm. halb 3 Uhr, in der "Erholung".
- Hamburg.** (Werstarbeiter.) Donnerstag, 26. Jan., Abends halb 9 Uhr, bei Selig, Zeughausmarkt 31.
- Hannover.** (Allg.) Sonnabend, 21. Jan., Abends halb 9 Uhr, im "Ballhof". Bericht von der Feiner Konferenz. Abrechnung vom 4. Quartal.
- Hannover.** (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, 28. Jan., Abends halb 9 Uhr, bei Fiene, Mademacherstr. 1.
- Karlsruhe.** (Allgem.) Samstag, 21. Jan., Abends halb 9 Uhr, bei Kallbach, Jahresrechnung.
- Karlsruhe.** (Sektion der Bleicher und Installateure.) Samstag, 21. Jan., in der "Wacht am Rhein".
- Karlsruhe.** (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 21. Januar, Abds. halb 9 Uhr, in der "Gasse", Augartenstr.
- Landenberg a. W.** Sonnabend, 21. Jan., Abends 8 Uhr, bei Rothenburg. Neuwahl der Ortsbeamten.
- Limbad.** Sonntag, 29. Jan., Nachm. halb 3 Uhr, im "Johannesbad". Jahresbericht. Arbeitslosenunterstützung. Wahl eines Delegirten zur Landeskonferenz.
- Mehlis.** Sonntag, 29. Jan., im "Gindenhof".
- Merseburg.** Sonntag, 5. Febr., Vorm. 11 Uhr, im "Saaleböschung".
- München.** (Sektion der Schleifer u. Polirer.) Wegen des Brandes im "Dykeum" finden unsere Versammlungen im Restaurant "Heimgarten", Bueg ins Land Nr. 5, wie gewöhnlich jeden 1. und 3. Samstag im Monat statt.
- Mürnberg.** (Hochgießer, Sämler und Metalldreher.) Samstag, 28. Jan., im Café Rest. Delegirtenwahl. Die Bibliothekbücher sind sämtlich einzuliefern.
- Offenburg.** Samstag, 28. Jan., Abends 8 Uhr, im "Säulen".
- Reins.** Sonnabend, 21. Jan., Abends halb 9 Uhr. Delegirtenwahl zur Generalversammlung.
- Forstheim.** Samstag, 21. Jan., Abends halb 9 Uhr, im "Goldenen Löwen". Bericht von der Landeskonferenz. Bericht der Bauarbeiter-Kommission und Wahl eines Delegirten zur Bauarbeiter-Konferenz in Karlsruhe am 29. Jan. Anträge zur Generalversammlung.
- Hemscheid.** Samstag, 28. Jan., Abends halb 9 Uhr, bei Schneppendahl. Wahl des Delegirten zur Generalversammlung. Bericht von der niederheinischen Konferenz.
- Kosch.** Am 28. Jan., in der "Wassenhalle".
- Schönningen.** Am 28. Jan., Abends halb 9 Uhr.
- Schwelm.** Sonntag, 29. Jan., Abends 5 Uhr, bei G. Ebinghaus. Delegirtenwahl zur Generalversammlung.
- Stahlfurt.** Sonnabend, 28. Jan., Delegirtenwahl zur Generalversammlung.
- Stargis.** Dienstag, 24. Jan., Abends halb 9 Uhr, im "Sambrius". Vortrag über Arbeitslosenunterstützung. Delegirtenwahl zur Generalversammlung. Abrechnung vom 4. Quartal.
- Stuttgart.** (Allgem.) Samstag, 21. Jan., im Gewerkschaftshaus, Eplingstr. 17-19. Verwaltungsbericht. Rechenschaftsbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung.
- Wolfsbüttel.** Sonnabend, 28. Jan., im "Blauen Engel".
- Zuklam.** Beitragszahlung am 27. Jan., Abds. 8 Uhr, im "Schützenhaus".
- Zugsborg.** (Sektion der Feilenhauer.) Den Arbeitsnachweis führt Kollege Georg Schulz, C 206, II, am Main, Ausgehende Werktag 12-1 Uhr Mittags, 6-7 Uhr Abends, Sonntags 12-1 Uhr Mittags. Das Umschauen ist verboten. Zuwiderhandlenden wird das Geheiß entzogen.
- Berlin.** Sonntag, 29. Jan., Urnationsstellung. Karten à 70 M im Bureau, Amneststr. 39, erhältlich; sämtliche Kassierer nehmen Bestellungen entgegen. Ebenso sind noch Billets zur Sternwarte in Dreptom zum Preis von 75 M erhältlich. Die Bestätigung kann an jeden beliebigen Tag erfolgen.
- Berlin.** Den Charlottenburger Mitgliedern zur Erinnerung, daß seit 7. Januar die Zeitungsbeilage eingestellt ist. Die Mitglieder sind gehalten, ihre Zeitung von einer der nachstehenden Buchhändler selbst abzuholen: Pajoh, Potsdamerstr. 44, Leder, Bismarckstr. 74, Homuth, Brunnenstr. 41, Pfeffel, Kepler- u. Danabrüderstr.-Gde. Stenografen sind auch die Beiträge zu entrichten.
- Sieffeld.** Die Reiseunterstützung wird nach wie vor bei F. Pant, Bremerstr. 48, ausbezahlt.
- Chemnitz.** Entzoge den Feilenhauer Friedr. Seifert am 2. Chemnitz mit seine Adresse angegeben. Verbandskollegen eruche, denselben hierauf aufmerksam zu machen. Robert Straupe, Wolfstr. 12.
- Dresden.** Der Klempner Hugo Schmidt aus Leipzig in Vöhren wird um Angabe seiner Adresse gebeten, damit wir ihn jezt Mitgliedsbuch Nr. 150,034 nachschicken können. Wir machen ihn gleichzeitig aufmerksam, seinen Verpflichtungen nachzukommen. J. Hoffmann, Bevollm., Dresden, Weinstr. 29, IV.
- Hildesheim.** (Sektion der Feilenhauer.) Der Feilenhauer Herr Döber (Zausse) ist hier spurlos verschwunden. Wir bitten um Nachricht über ihn. Herr Engelbert, Reihelstr. 157.
- Hessburg.** Reiseunterstützung Vorderstr. 30.
- Hannover.** Das Verbandslokal befindet sich im "Deutschen Haus", Bergstraße. Die Versammlungen finden jeden 2. Sonnabend 8 Uhr und jeden 4. Sonntag 2 Uhr im Monat statt.
- Limbad.** Der Bevollmächtigte ist August Klönn, Eisingerstr. 21, bei dem alle Wohnungsänderungen sofort zu machen sind.

Mürnberg. Der Formier Friedr. Limbad aus Mannheim wird ersucht, seine Adresse an mich zu senden, damit ihm sein Buch nachgeschickt werden kann. G. A. Amtmann, Mörzgasse 16.

Oberstein. Unser Versammlungslokal ist nicht mehr bei Wwe. J. Klein, sondern bei Wirtz A. Böck, Wasenweg.

Kosch. Die Reiseunterstützung wird von Otto Walzer, Karstr. 31, 1, ausbezahlt.

Schönningen. Adresse des Bevollmächtigten: Feig Köhler, Baderstr. 22; des Kassiers: Bruno Reinwald, Wilhelmstr. 15. Herberge: A. Thering, Salzstraße.

Öffentliche Versammlungen.

- Dresden.** Sonntag, 22. Jan., öffentliche Versammlung im "Trianon". Fortsetzung der Diskussion über die Arbeitslosenunterstützung. Referent: Reichstagsabgeordneter Martin Segig-Mürnberg. Die Landeskonferenz am 5. März. Wahl von Delegirten.
- Hannover.** Sonnabend, 21. Januar, Abends 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung im "Felsenkeller". Referent: Kollege Leber aus Jena.
- Gablenz.** Sonnabend, 28. Januar, Abends 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung in Uhlemanns Restaurant, Paulinenstraße 12. Die Arbeitslosenunterstützung.
- Wurzen.** Sonnabend, 21. Jan., Abends halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung in der "Stadt Wien". Stellung zur Generalversammlung bezügl. Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Referent: Carl Niemann-Ohemnitz. Vorschläge zu einem Bevollmächtigten.

Privat-Anzeigen.

Erklärung.

Ich der Unterzeichnete erkläre hiermit aus freier Veranlassung und auf Grund meiner gewonnenen Ueberzeugung, daß die von mir gegen die Fürstlich Fürstenbergische Maschinenfabrik in Zimmendingen und deren Leiter in meiner Eingabe an Seine Durchlaucht den Fürsten vom 22. September 1898 erhobenen Beischuldigungen, welche auch in der Konstanzer Abendzeitung Nr. 272, in Tullinger Grenzboten Nr. 280 und 289, der Rottweiler Bürgerzeitung Nr. 286, dem Berliner Vorwärts Nr. 289, dem Glück Auf (Deutsche Formerverzeitung) Nr. 50, der Deutschen Metallarbeiterzeitung Nr. 50, zum Theil veröffentlicht worden, durchaus unrichtig und unzutreffend sind.

Inbesondere muß die in öffentlichen Blättern wiederholte Behauptung "Arbeitern der Fürstlich Fürstenbergischen Maschinenfabrik Zimmendingen sei widerrechtlich bedungener Lohn nicht ausbezahlt worden, Arbeiter seien in der Fabrik schlecht behandelt worden" auf Grund der inzwischen gemachten Feststellungen als unwahr bezeichnet werden.

Nachdem ich meine beleidigenden Angriffe gegen die Fürstlich Fürstenbergische Maschinenfabrik und deren Leiter mit dem Ausdruck meines ernstlichen Bedauerns zurückgenommen, habe ich den Beteren gebeten, die gegen mich bei dem Gr. Amtsgericht Engen wegen obiger Behauptungen erhobene Beleidigungsklage zurückzunehmen, auch habe ich mich zur Tragung sämtlicher Kosten verpflichtet.

Zimmendingen, den 7. Januar 1899.
15] F. J. Schury, Kaufmann.

Einige tüchtige Formler bei dauernder Beschäftigung für Schablonen- und größeren Maschinenbau bei hohem Akkordlohn sofort gesucht.
Gebr. Sternkopf & Co., Eisengießerei, Leipzig-Stötteritz.
14]

Der Schlosser Philipp Preuser, geboren am 11. Februar 1871 zu Schmalkalden, wird ersucht, seine Adresse zwecks Familienangelegenheiten unverzüglich an den Bevollmächtigten der allgemeinen Verwaltungsstelle Frankfurt a. M., Leopold Zirkelbach, Dreiaichstr. 8, III, gelangen zu lassen. Kollegen werden ersucht, ihm das mitzutheilen. [12]

Tüchtige Dreher

finden dauernde und lohnende Arbeit. Solche, welche auch am Schraubstock arbeiten können, bevorzugt.
Gg. Hufmann, Maschinenbaugeschäft, Regensburg.
13]

Dreher, Drehermeister, Schlosser &c. welche ständig meine Verlags-Bücher und Leeren vertreiben wollen, erhalten hohen Nebenverdienst. Bis jetzt sind circa 100 ständige Vertreter betheilt. Prospekte gratis und franko. Keine Anmerkungen.
Aug. Loos
Giebichenstein-Halle a. S.
10]

Spänglerei-Verkauf.

In Straubing ist eine gutgehende Spänglerei wegen Todesfall zu verkaufen event. abzulösen. Für Anfänger sehr günstig. Briefe an
J. Häuslein, Spänglermeisterswitwe, Straubing.
11]

Siebmacher, welcher im Siebmachen tüchtig und auf dauernd gesucht.
Alois Hum, Mainz.
16]

Dritte, veränderte Auflage!
Soherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter. (Auch Tourenbuch für Radfahrer!) Ueber 2000 Reisetouren, 1 Eisenbahn- und 2 Strassenkarten. Gebunden Mk. 1.50. Zu beziehen durch alle Buchhandl., Kolp. u. J. Soherm, Nürnberg.